Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt" und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 287. Dienstag, den 8. Dezember 1908. 15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Steuerpolitik.

ab. Die Kapitalistenklasse braucht zum Schutze ihrer gemeinsamen Interessen eine starke Staatsgewalt mit einer zahlreichen Beamtenklasse. Das kostet Geld, und dieses Geld muß durch Steuern aufgebracht werden. Die Steuern sind gleichsam die Unkosten, die zum gemeinsamen Ausbeutungsgeschäft notwendig und daher von der ganzen Klasse gemeinsam zu tragen sind. Wo aber die Kapitalistenklasse die herrschende Klasse ist, sehen wir, daß sie in der Gestalt von Verbrauchssteuern diese Unkosten möglichst den anderen Klassen aufzuhalsen sucht.

Freilich bietet nicht die ganze Geschichte dieses Bild kapitalistischer Selbstsucht. Es gab eine Zeit, die Zeit des klassischen Liberalismus, wo die Bourgeoisie sich rühmte, wissenschaftliche und gerechte Prinzipien im Staatsleben durchführen zu wollen. Als aufsteigende Klasse fühlte sie sich als Klasse der Zukunft. An Stelle der Finsternis des despotischen 18. Jahrhunderts brachte sie das Licht der Vernunft, an Stelle des Zwanges die Freiheit, der Privilegien die Gleichheit, der Willkür die Gerechtigkeit. An Stelle der Lehre des beschränkten Eigennutzes setzte sie die weitherzige Theorie, daß jeder Staatsbürger nach seinem Vermögen zu den Kosten des Staates beitragen sollte. Keine Verbrauchssteuern also, sondern eine progressive Einkommensteuer als einzige Steuer. Dies allein entspräche der Gerechtigkeit.

In Ländern wie England, wo der Liberalismus als Theorie des aufsteigenden Bürgertums zur Herrschaft kam, bildet die Abschaffung der Verbrauchssteuern und die Einführung einer Einkommensteuer in der Tat eine seiner Ruhmestaten. Aber man soll deshalb nicht glauben, daß nur ein sich über alle Selbstsucht erhebender Idealismus sie bewirkte. Damals, als die Arbeiterklasse noch nicht selbständig über die höhe des Lohnes mitreden konnte, und der Lohn deshalb nicht mehr sein konnte als gerade zum Leben ausreichte, mußte jede Verteurung der Lebensmittel notwendig eine Lohnsteigerung mit sich führen. Alles, was die Lebensmittel verteuerte, mußte also schließlich vom Fabrikanten bezahlt werden. Verbrauchssteuern auf Lebensmittel bedeutete, daß die Kosten des Staates von den Fabrikanten allein getragen würden. Eine progressive Einkommensteuer dagegen legte diese Kosten auf die Schulter aller besitzenden Klassen, der Grundbesitzer, der Kolonialnabobs, der reichen Kaufleute und der industriellen Bourgeoisie zusammen. Kein Wunder, daß letztere nicht nur die Getreidezölle, sondern alle Verbrauchssteuern leidenschaftlich bekämpfte und sich als Anwalt der Gerechtigkeit und der großen Volksmasse aufspielte.

Mit dem Umschwung der ökonomischen Verhältnisse mußte sich auch die Steuerpolitik der Bourgeoisie ändern. Die Entwicklung der Technik brachte den Klassenkampf der Arbeiter. Die Höhe des Lohnes wird nicht mehr vom Unternehmer allein bestimmt und schiebt nicht mehr mechanisch mit den Lebensmittelpreisen auf und ab. Die Arbeiter selbst entscheiden darüber mit. Zugleich werden die Kapitalisten immer mehr zu Aktionären, denen es gleichgültig ist, ob ihre Papiere Hypotheken, industrielle Unternehmungen oder Staatsschulden darstellen. Die ganze besitzende Klasse wird immer mehr zu einer solidarischen Ausbeutungsgesellschaft. Direkte Steuern würden den Mehrwert dieser Herren treffen; dagegen tragen die Arbeiter, die Ausgebeuteten, die Verbrauchssteuern, denn die Unternehmer denken jetzt nicht daran, den Lohn der Steuerzunahme entsprechend zu erhöhen. Sie finden es ganz in Ordnung, daß in dieser indirekten Weise den Arbeitern der Lohn verringert wird; und sie widersetzen sich mit aller Macht, wenn die Arbeiter durch eine Erhöhung des Geldlohnes ihren wirklichen Lohn auf derselben Höhe zu halten versuchen und die Steuer auf die tragfähigeren Schultern abwälzen möchten.

So schäbig die Praxis, so schäbig die Theorie. Wir wissen zwar, daß jede Theorie nur ein Ausdruck materieller Interessen ist, auch die Gerechtigkeits- und Freiheitstheorie des früheren liberalen Bürgertums. Aber soweit die Praxis einer revolutionären über die einer reaktionären Bourgeoisie erhaben ist, so erhaben steht die idealistische Theorie des klassischen Liberalismus über die theoretische Begründung der modernen Verbrauchssteuern.

Sie werden nicht so drückend empfunden, sagt man, denn sie schonen die Empfindungen der Steuerzahler. Wenn diese ihr Brot, ihre Zigarren oder ihr Glas Bier kaufen, zahlen sie, ohne daß sie es bemerken, freudig ihre Steuer mit. Diese Begründung kommt auf dasselbe hinaus, als wenn ein Taschendieb sagt: es schadet den Menschen ja nichts, daß ich ihnen die Börse stehle, denn ich tue es so geschickt, daß sie nichts davon spüren. Diese Taschendiebmoral ist die theoretische Grundlage der indirekten Steuern. Praxis und Theorie stimmen aufs engste überein.

Natürlich versuchen die herrschenden Klassen der Sache einen möglichst harmlosen Anstrich zu geben. Sie besteuern, solche Konsumartikel, die nicht zum Leben notwendig sind, wie Tabak, Schnaps und Bier — Brot ist ja schon zugunsten der Junker besteuert — und sagen dann unschuldsvoll: die reine Luxussteuer! Keiner braucht solche Artikel zu kaufen, die Steuer ist also freiwillig. Diese Argumentation ist selbstverständlich der reine Firlefanz. Das kapitalistische Elend bringt das Bedürfnis nach Genußmitteln und Reizmitteln, sogar nach Betäubungsmitteln hervor. Mag es für den einzelnen gelten, daß er ihren Gebrauch besser vermiede, so sind doch nicht solche Erwägungen, sondern gesellschaftliche Verhältnisse die Kräfte, die den Konsum der Massen bestimmen. Diese Steuern drücken auf die besitzlosen Massen statt auf die Besitzenden; das bestimmt ihren Charakter.

Ein anderes Mittel, die Verbrauchssteuer einzuschmuggeln, besteht in der Hinzufügung irgend einer wirklichen Luxussteuer, die die Besitzenden trifft. Eine solche Steuer kann nicht mehr als ein Ornament, ein Schaustück sein; sie wird nur eingebracht als Köder, um uns zum Aufgeben unserer prinzipiellen Forderung der direkten Einkommensteuer zu bringen. Als Verbrauchssteuer ist sie unwirksam, denn eine Verbrauchssteuer kann nur als Belastung des Massenkonsums Bedeutendes einbringen. Den besitzenden Klassen ist ernsthaft nur durch direkte Steuern beizukommen.

Der Kampf um das Steuersystem ist jetzt ein Teil des großen Kampfes zwischen Kapital und Arbeit, um die Verteilung des gesellschaftlichen Produkts in Mehrwert und Arbeitslohn. Wir fordern, daß die besitzende Klasse die Kosten ihres Staates selbst trägt. Wir fordern, daß diese aus dem Mehrwert und nicht aus dem Arbeitslohn genommen werden. Jede direkte Steuer trifft den Mehrwert; jede Erhöhung von Zöllen und Verbrauchssteuern bedeutet eine Herabsetzung des Arbeitslohnes, ein Verlust dessen, was durch schwere gewerkschaftliche Kämpfe gewonnen war. Deshalb bekämpfen wir das System der Verbrauchssteuern und fordern direkte Besteuerung der Einkommen und Vermögen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Das Fiasko der Weltpolitik.

Am Montag bei der Fortsetzung der Etatsdebatte ergriff Bülow endlich das Wort, übrigens nicht einmal am Anfang der Sitzung, sondern erst, nachdem ein paar Blockbrüder verschiedener Couleur gesprochen. Darüber später ein paar Worte.

Die Schwingen des Bülowschen Geistes (Geist nicht buchstäblich) sind gebrochen. Der Blockvater und große Sozialistentöter muß vor versammeltem Kriegsvolk das Fiasko der Welt- und Allerweltspolitik eingestehen. Daß er das Eingeständnis in eine fadenscheinige Ableugnung hüllt, ändert nichts an der Tatsache. In Ostasien, in der Türkei, in Marokko, hat die Politik der gepanzerten Faust mit kläglichen Rückzügen geendet. Jetzt stellt sich Bülow hin und macht sich noch ein Verdienst aus den Rückzügen, Er spricht ganz vernünftige Worte über den Wahnsinn einer Prestige-Politik und scheint nicht zu merken, oder will nicht merken, daß er damit das Verdammungsurteil über sich selbst fällt. Dazu also hat man acht Jahre hindurch mit greulichem Flottengeschrei den deutschen Michel be—trunken gemacht, dazu hat man die Finanzen in ein fürchterliches Chaos gestürzt, dazu hat man Steuerlast auf Steuerlast gehäuft!!! Wahrhaftig, das konnte man billiger haben. Jetzt predigt Bülow selbst eine Politik der Resignation. Ganz gewiß ist diese Politik vernünftiger als der Wahnwitz der Alldeutschen und der Ozeanromantiker. Aber diese Politik ist nicht das Ergebnis weiser oder auch nur halbwegs kluger Staatskunst, sondern das Resultat einer Blamagenserie, wie sie unerhört ist in der Weltgeschichte!

Matt, öde, temperamentlos wie die Bülowrede waren die Reden aus dem Hause. Der Tag gehörte dem Bülowblock und war danach. Verhältnismäßig noch am besten sprach Graf Kanitz. Ziemlich unumwunden erklärte der ostpreußische Grande: wir können nicht die Lasten einer Weltpolitiksflotte neben der eines Riesenheeres tragen. Wir verzeichnen dies hübsche Eingeständnis, wenn wir auch natürlich sehr wohl wissen, daß die zeitweise zurückgedrängten, jetzt aber wieder zum Durchbruch kommende Flottenfeindschaft der Junker gleich der der Aristokraten des alten Athens und der englischen Tories in gewissen Perioden nicht der Rücksicht auf die Taschen des Volkes, sondern dem Haß gegen den neuen Land- und Industrie-Adel entspringt.

Nach Kanitz sprach der bis jetzt noch unbesoldete Stadtrat, Papiersyndikus und Ordensritter IV. Güte Wiemer. Wie sein Meister Bülow hat auch Famulus Wiemer, ohne es zu wissen, sich selbst das Urteil gesprochen. Er sagte in bezug auf das Verhältnis von Kriegsministerium und Militärkabinett nicht unrichtig: der Kriegsminister hat nichts zu sagen, sondern ist bloß ausführendes Organ der Verwaltung. Herr Wiemer wußte auch nichts zu sagen und spielte darum den freiwilligen Regierungskommissar. Trotz alledem und alledem kennt des Freisinns Blocktreue keine Grenzen. In seinem Paarungseifer plauderte Wiemer sogar aus, daß die Freisinnigen, wie er behauptet, so ziemlich alle gewußt haben, welchen groben Unfug Herr Bethmann-Hollweg, dieser Redewendungsaal, mit dem berüchtigten Sprachenparagraphen zu treiben von vornherein beabsichtigt habe. Der Freisinn hat also nicht die Rolle des Gimpels, sondern die noch blamablere des Hehlers gespielt. Über die Reden, mit denen der gefreiherrte Gamp und der Antisemiterich Lattmann das geleerte und unaufmerksame Haus anödeten, verlieren wir weiter keine Worte, weil wir in Erinnerung an das Sparrezept des Kanzlers gern überflüssige Druckerschwärze sparen. Auch mahnt ja Herr Gamp gerade gern zum Sparen und tat es auch diesmal wieder. — Des katholischen Feiertags halber findet die nächste Sitzung erst am Mittwoch statt. Fortsetzung der sogenannten Etatdebatte und dritte Lesung der Gewerbeordnungsnovelle stehen auf der Tagesordnung.

Die Gesellschaftssteuer im preußischen Landtag abgelehnt.

Die verstärkte Budgetkommission des preußischen Abgeordnetenhauses lehnte die Gesellschaftssteuer ab. Die Freikonservativen stellten sich zwar freundlich zu dem Gedanken einer Gesellschaftssteuer, fanden aber die Art, in welcher die Vorlage diesen Gedanken verwirklichen will, unannehmbar. Sie erklärten sich deshalb zurzeit, und um die Besoldungsvorlage nicht mit dem Ballast so schwieriger Beratungen zu beschweren, gegen die Vorlage. Auf Antrag des Zentrums sollte die Beschlußfassung über § 1 zunächst ausgesetzt werden. Von anderer Seite wurde dagegen erklärt, daß die Ablehnung des § 1 doch sicher sei, und eine Einzelberatung daher keinen Zweck mehr habe. Daraufhin wurden sämtliche Paragraphen der Vorlage ohne Debatte gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt, und ebenso der § 1, der die Einführung einer Gesellschaftssteuer bestimmt, nachdem aus diesem Paragraphen die Genossenschaften und Konsumvereine gestrichen worden waren.

Die Kommission fuhr dann in der Beratung des Mantelgesetzes zu den Besoldungs- und Steuervorlagen fort und lehnte den im § 6 gemachten Vorschlag der Regierung, für 1908 bereits einen Zuschlag von 30 Millionen zur Einkommensteuer zu erheben, ebenfalls ab. Es blieb bei dem Zuschlag für 1909 und 1910. Damit war die erste Lesung der Vorlage beendet.

Landwirtschaft und Elektrizitätssteuer.

Zur Durchführung einer möglichst intensiven Bewirtschaftung des Bodens hat die Landwirtschaft während der letzten Jahrzehnte in steigendem Umfange Maschinen in Gebrauch genommen. Als Triebkraft nimmt der elektrische Strom immer mehr zu, nachdem es der Technik gelungen ist, durch Überlandzentralen die elektrische Energie auf einen großen Umkreis verteilen und so den entlegendsten Gütern ein leicht anzupassendes Antriebsmittel liefern zu können. Es ist daher begreiflich, wenn sich auch manche landwirtschaftlichen Interessenvertretungen energisch gegen die neue Steuer wehren. Der bayerische Landwirtschaftsrat hat beispielsweise seine Stellungnahme mit folgenden Worten gekennzeichnet: „Die Ausnutzung der Elektrizität ist in Bayern für einen rationellen und lohnenden Betrieb der Landwirtschaft und für die Entstehung und Entwickelung neuer oder bereits bestehender landwirtschaftlicher Nebenbetriebe zur Lebensfrage geworden, weil notwendig, um den Konkurrenzkampf mit anderen Ländern bestehen zu können."

In ähnlicher Weise hat die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein sich in einer Eingabe an den Reichskanzler ausgesprochen: „Eine Besteuerung der Elektrizität würde die große Mehrzahl derjenigen Landwirte der Provinz, die sich der Elektrizität bedienen, empfindlich belasten, da die Benutzung des elektrischen Stroms auf dem Lande in Anbetracht der notorisch geringen Verzinsung des in der Landwirtschaft angelegten Kapitals nicht zu Luxuszwecken geschieht, sondern im Interesse der durchaus notwendigen rationelleren Ausgestaltung des Betriebes. Die Steuer würde direkt hemmend wirken auf die weitere Ausdehnung des elektrischen Betriebes in der

Landwirtschaft und die letztere dadurch eines Hilfsmittels berauben, das in seiner vielseitigen Anwendbarkeit je länger desto mehr auch in der Landwirtschaft unentbehrlich geworden ist."

Die Rechtswissenschaft und die Bettler.

Gerade jetzt, während der wirtschaftlichen Krise, zeigt sich in stärkerem Maße als sonst die Tatsache, daß der Staat für die Opfer der von ihm aufrecht erhaltenen unsinnigen Wirtschaftsordnung, die Arbeitslosen, keine andre „Fürsorge" kennt, als das Gefängnis! Mit Bettlern füllen sich gegenwärtig die Gefängnisse mehr als sonst.

Da ist es nun interessant zu hören, wie sich die deutsche Rechtswissenschaft zur Bestrafung der in der Verzweiflung zum Bettel getriebenen Opfer unsrer kapitalistischen Wirtschaftsordnung stellt.

Auf Anregung des Reichsjustizamts erscheint demnächst ein Werk: „Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts; Vorarbeiten zur Strafrechtsreform", dessen Herausgeber hervorragende Mitglieder der Rechtswissenschaft sind.

In ausgiebiger Weise behandelt Professor Dr. von Hippel das Thema: Bettel, Landstreicherei und Arbeitscheu. Er beginnt seine Abhandlung mit folgendem Leitmotiv:

> Die sogenannten Bettler und Landstreicher enthalten in sich völlig verschiedene Menschenklassen. Ein Teil besteht aus arbeitslosen Müßiggängern und vorsätzlichen Rechtsbrechern, der andere Teil aus notleidenden Bedürftigen, aus unglücklichen Menschen, welchen die Arbeitsfähigkeit oder Arbeitsgelegenheit mangelt, um sich und die Ihrigen aus eigener Kraft durchs Leben zu bringen.

Für die hieraus zunächst dem heutigen Staate erwachsenden Aufgaben: Hilfe für die „Notleidenden" und „Bedürftigen" — sucht Hippel nach praktisch befriedigenden Gesichtspunkten und präzisiert die Rolle, die dem Strafgesetzbuch dabei zufällt, mit scharfer Kritik dahin:

> Das Strafrecht der Zukunft darf sich unter keinen Umständen dazu hergeben, den Ersatz für eine ungenügende Fürsorge zu machen, wie dies heut mangels genügend scharfer Bestimmung der straffreien Fälle in erheblichem Maße der Fall ist, es muß dafür sorgen, daß im Einzelfall niemals notleidende Bedürftige von seinen Bestimmungen getroffen werden.

Justizrat Dr. Mamroth-Breslau schreibt dazu in der „Deutschen Juristenzeitung": „Vor allem aber empfindet man, daß hier einer der verkümmertsten Zweige unsrer Strafrechtspflege einen Bearbeiter gefunden hat, der mit weitem Blick und warmem Herzen seine Jurisprudenz in den Dienst der Sozialpolitik gestellt hat und uns Wege weist, auf denen die Axt an die Wurzel der Hauptursachen aller Kriminalität gelegt werden kann." „Kann!" Ob sie's aber tun werden?

Immer noch Kolonialkrieg?

Die Kabeldepesche aus Windhuk meldet, daß eine Patrouille unter Leutnant von Gersdorff in der Gegend von Gobabis 124 Hereros gefangen genommen habe. Was es mit dieser Gefangennahme für eine Bewandtnis hat, bedarf noch der Aufklärung, denn der sogenannte Aufstand ist ja seit mehr als Jahresfrist bereits beendet.

Ein neues Kapitel aus der Chronikskandalöse in höheren Regierungskreisen.

Die „Liberale Korrespondenz" erzählt in ihrer Nr. vom 5. Dezember:

„Eine sehr peinliche Affäre wird zweifellos in der nächsten Zeit die Oeffentlichkeit beschäftigen. Im Mittelpunkt dieser Angelegenheit steht der Wirkliche Geheime Legationsrat Hammann, der bekannte Preßdezernent im Auswärtigen Amt. Er wird schwerer Delikte beschuldigt von dem angesehenen Berliner Architekten, Professor an der Königlichen Akademie der Künste Dr. Ing. Bruno Schmitz. Aus den in dieser Angelegenheit vorhandenen Aktenstücken geht hervor, daß Professor Schmitz gegen Hammann und dessen Ehefrau geschiedene Schmitz, eine Strafanzeige wegen Meineids und Abgabe einer wissentlich falschen eidesstattlichen Versicherung an die Oberstaatsanwaltschaft gerichtet hat. Der falsche Eid, der sich auf das Verhältnis Hammanns zu der früheren Frau des Professors Schmitz bezieht, die Hammann nach ihrer Scheidung mittels Dispenses zu heiraten gezwungen worden sei, soll am 17. Oktober 1907 geleistet worden sein. Die Angaben des Professors Schmitz, in denen er die Unrichtigkeit des Eides nachweisen will, sind sehr detaillierter Natur und entziehen sich wegen ihres sexuellen Charakters der Wiedergabe. Am 26. November 1908 hat der Oberstaatsanwalt, gezeichnet Isenbiel, Herrn Hammann mitgeteilt, daß das Verfahren gegen ihn mangels ausreichenden Beweises eingestellt sei. Das Schreiben der Oberstaatsanwaltschaft legt des weiteren dar, daß die in Betracht kommenden Zeugen ihre Beobachtung der zur Anzeige stehenden Vorfälle unter so „ungünstigen Bedingungen" gemacht hätten, daß sie allein zur Widerlegung einer beschworenen Aussage „nicht geeignet" seien. Unmittelbar nach dem Erhalt dieses Bescheides an Herrn Hammann hat Herr Schmitz an den Reichskanzler Fürsten Bülow ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilt, er werde gegen jenen Bescheid Beschwerde einreichen, und er hoffe, daß die höhere Instanz eine gerechtere Würdigung der den Herrn Hammann schwer belastenden Indizien finden werde. Schmitz gibt seiner Überzeugung Ausdruck, daß Fürst Bülow es für unmöglich halten werde, Herrn Hammann in seiner hohen Stellung zu belassen, nachdem er von dem Bescheide der Staatsanwaltschaft Kenntnis genommen habe. Er beantrage, das Disziplinverfahren gegen Hammann in die Wege zu leiten. Fürst Bülow hat diesen Brief des Professors Schmitz persönlich erhalten, wie der von ihm gezeichnete Postrückschein ergibt. Vorher schon, unterm 7. Oktober 1908, hatte Schmitz an den Staatssekretär v. Schön ein Schreiben gerichtet, in dem Hammann unter detaillierter Schilderung seines Verhaltens mit den schwersten Beschuldigungen belegt wurde. Die gesamten Akten der Affäre sind, wie wir weiter hören, an den preußischen Justizminister gegangen."

Hammann bestreitet die Richtigkeit jener Beschuldigungen auf das entschiedenste und bezeichnet die ganze Affäre als einen Racheakt. Er habe die Einleitung eines Verfahrens wegen Meineid gegen sich selbst beantragt und stehe heute auf dem Standpunkt, daß nach Einstellung dieses Verfahrens ein Grund für ihn, seine Suspendierung vom Amte nachzusuchen, nicht mehr vorliege.

Eine Etatsüberschreitung in Samoa.

Im Etat des Schutzgebietes Samoa für 1905 wurden 1500 Mk. bewilligt für die Einebnung und Einfriedigung des Grundstücks beim Eingeborenen-Hospital in Apia. Beabsichtigt war die Herstellung eines Holzzaunes. Der Gouverneur Dr. Solf war nun aber der Meinung, daß ein Holzzaun nicht lange halten dürfte, und hat zur Umfriedigung ein eisernes Gitter aus Europa kommen lassen, das nicht weniger als 10 350 Mark Kosten verursachte. Damit hat er die Bewilligung im Etat eigenmächtig um 8850 Mark überschritten. Die Kolonialabteilung hat ihn zur Ersatzleistung angehalten; Dr. Solf hat die eigenmächtig verausgabte Summe auch erstattet, allerdings unter Vorbehalt. Unterdessen hat die Kolonialverwaltung eingesehen, daß der eiserne Zaun doch zweckmäßiger sei, als der geplante hölzerne und verlangt nun vom Reichstage, daß dem Gouverneur Dr. Solf der Betrag von 8850 Mark rückerstattet wird.

Dieser Fall bedeutet ein Präjudiz für den Fall Liebert, der den Reichstag im Laufe der Kolonial-Beratungen beschäftigen dürfte. Abg. v. Liebert hat als Gouverneur von Ostafrika gleichfalls Summen ausgegeben, die der Reichstag nicht bewilligt hatte. Aus bisher noch unbekannten Gründen ist ein Ersatz der eigenmächtig verausgabten Gelder seinerzeit nicht gefordert worden. Das soll nun nach den Wünschen der Sozialdemokratie und des Zentrums nachgeholt werden und man wird sich dabei auf den Fall des Dr. Solf beziehen können. Die Summe, für die Liebert haftbar gemacht werden muß, ist allerdings eine ganz erheblich höhere. Wenn nicht in dieser Weise ganz konsequent verfahren wird, dann hört die eigenmächtige Wirtschaft einzelner Kolonialbeamter überhaupt nicht auf.

Die Finanznot in den Kleinstaaten.

In den thüringischen Kleinstaaten besteht nach einer Zuschrift an die „Berliner Volkszeitung" lebhafter Unwille darüber, daß die Absicht geäußert wurde, die ungedeckten Matrikularbeiträge auf 2 Mk. pro Kopf zu erhöhen, und eine Reichs-Gesellschaftssteuer einzuführen. Eine offiziöse Darstellung, die in der in Weimar erscheinenden Zeitung „Deutschland" veröffentlicht ist, stellt eine Berechnung darüber an, wie diese Pläne auf die Finanzen des Großherzogtums Sachsen-Weimar wirken würden. Die an das Reich zu zahlenden Matrikularbeiträge würden von 160 000 auf 800 000 Mk. steigen. Durch die Gesellschaftssteuer würde das Großherzogtum eine Mindereinnahme an Einkommensteuer von 400 bis 500 000 Mk. haben. Sonach müßten jährlich 1 Million und 40 000 Mark mehr aufgebracht werden; das bedeute eine Erhöhung der diesem Bundesstaat noch verbleibenden Einkommensteuer um nicht weniger als 50 Proz.

Die thüringischen Kleinstaaten haben gegen die Wirtschaft im Reiche niemals Einspruch erhoben, im Gegenteil, wenn in den Einzellandtagen von den sozialdemokratischen Abgeordneten auf die finanziellen Folgen der Reichspolitik hingewiesen wurde, dann sind es stets die Minister dieser Staaten gewesen, die mit aller Entschiedenheit für die Weiterführung dieser Politik eingetreten sind. Die thüringischen Kleinstaaten haben allerdings im Bundesrat nicht viel zu sagen, immerhin ist ihre Klage jetzt nicht berechtigt, weil sie rechtzeitig auf die steigende Mehrbelastung der Einzelstaaten hingewiesen worden sind.

Zur bayrischen Steuerreform.

Der Antrag unserer Parteigenossen, die Zivilliste und die Mitglieder des königlichen Hauses zur Einkommensteuer heranzuziehen, wurde mit allen gegen die Stimmen der Antragsteller und des Bauernbündlers Eisenberger abgelehnt. Interessant war die Haltung des „Demokraten" Dr. Quidde, des bekannten Verfassers der Broschüre „Caligula", der sich auf den Regierungsstandpunkt stellte, wonach unter der Regentschaft die Verfassung nicht geändert werden kann. Dr. Quidde ging sogar noch weiter wie die Regierung, er möchte aus „Schicklichkeitsrücksichten" eine Änderung der Verfassung nicht herbeiführen, an der der König, um dessen persönliches Recht es sich in diesem Falle handelt, nicht mitwirken könne. — Genosse Dr. Haller, der unseren Antrag begründete, versäumte nicht, Dr. Quidde auf diesen Standpunkt festzunageln.

Der Regierungsvorlage entsprechend werden die Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die jetzt nur Gewerbesteuern bezahlen, zur Einkommensteuer herangezogen werden. — Ein Antrag unserer Genossen, die auf Grund der Gewerbeordnung organisierten Gewerkschaften steuerfrei zu lassen, wird seine definitive Entscheidung in der nächsten Sitzung finden.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 8. Dezember.

Achtung Zimmerer! Über das Geschäft des Zimmermeisters Naumann in Eckhorst ist seitens der Zahlstelle Stockelsdorf der Zimmerer die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fackenburger Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Fünfhausen Nr. 21—28, Grützmühle in der Hafenstraße, Stielbau Marli, Kaltenhof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! Über die Stielbauarbeiten in der Marlistraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinnehaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Jabs im Fünfhausen und über den Bau Hafenstraße (Grützmühle) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

---

sg. **Die Bürgerschaft** war gestern einmal ziemlich vollzählig versammelt. Grund zu diesem zahlreichen Erscheinen war zweifellos der Umstand, daß die Ersatzwahlen zum Bürgerausschuß vorzunehmen waren. Und da mußte die Bürgerschaftsmehrheit es verhüten, daß ein roter Hecht in den Bürgerausschuß-Karpfenteich hineinkam. In der Vorversammlung der Bürgerschaftsmitglieder am Freitag hatten die Herren eine Liste aufgestellt, die unsere Fraktion nicht berücksichtigte. Nachträglich hat dann abermals eine Vorversammlung stattgefunden und hier wurde auf Betreiben einiger rechtlich denkender Bürgerschaftsmitglieder beschlossen, den Genossen P. Pape mit auf die Liste zu nehmen. Vergebens versuchte Herr Aug. Pape gestern die Bürgerschaftsmehrheit für die letzte Liste zu gewinnen. In berechtigter Erregung bezeichnete er die ganze Wahl in der vorliegenden Form als Mache, was ihm eine Rüge des empfindsamen Wortführers eintrug. Die Mehrheit folgte diesen Ausführungen nicht, sondern lehnte es ab, der Sozialdemokratie den ihr nach ihrer Stärke zustehenden Platz im Bürgerausschuß einzuräumen. Die bürgerlichen Kandidaten erhielten 62—88, Genosse P. Pape 28 und Genosse Bruns 6 Stimmen. Außer unseren Vertretern besaßen also nur 22 Mitglieder so viel Gerechtigkeitsgefühl, daß sie uns eine Vertretung im Bürgerausschuß zugestanden wissen wollten. Die übrigen Bürgerschaftsmitglieder ließen sich von purer Sozialistenfurcht oder Sozialistenhaß leiten und übten einen Akt aus, der unter den obwaltenden Umständen einem Gewaltstreich sehr ähnlich sieht.

Eine längere Debatte entfesselte der Senatsantrag auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerschaft, der die Aufgabe zufällt, neue Steuerquellen zu schaffen. Die Bürgerschaft hat allerdings keinen Einfluß auf die Zusammensetzung dieser Kommission; der Bürgerausschuß „ernennt" nach der Verfassung die bürgerschaftlichen Mitglieder derselben. Aus diesem Grunde wandte sich der Redner unserer Fraktion, Genosse Stelling, entschieden gegen die Senatsvorlage. Er erkannte wohl die Notwendigkeit einer kommissarischen Beratung an, monierte aber die Art der Zusammensetzung der Kommission. Vom Senatstisch, sowie von mehreren Rednern wurde der gegenwärtige Zustand, der im Jahre 1848 — also vor 60 Jahren — geschaffen wurde, warm verteidigt. Man kann eben vom Alten nicht lassen. — Natürlich fand der Senatsantrag Annahme.

Ohne wesentliche Debatte wurden eine Anzahl Senatsanträge genehmigt.

Die Beratung der Spezialpläne der Irrenanstalt in Strecknitz hatte eine längere Debatte zur Folge. Man stritt sich über die Frage, ob bei der Irrenanstalt das Pavillon- oder das Blocksystem eingeführt werden soll. Von einer Seite wurde Kommissionsberatung beantragt, dieser Antrag fand jedoch keine Gegenliebe. Die Senatsvorlage wurde angenommen. Eine kleine Debatte entstand über die Frage, ob mit Kalksand- oder Ziegelsteinen gebaut werden soll. Herr A. Pape wies ironisch auf den mehr als sonderbaren Zufall hin, daß bei Staatsbauten die Kalksandsteine immer aus einer gewissen Fabrik bezogen werden. Diese Fabrik gehört bekanntlich einem Mitgliede des Senates. Vom Senatstische legte man sich sehr für Kalksandsteine ins Zeug. Warum??? Natürlich nur weil sie billiger sind! Senator H. Evers flehte um Vertrauen für die Baudeputation. Die Mehrheit war jedoch so herzlos und stimmte trotz aller Klagen und Beschwörungen vom Senatstisch für Ziegelsteine.

Hierauf trat Vertagung auf nächsten Montag ein.

Unfallversicherung von Lehrern und Schülern. Lehrer und Schüler an Fachschulen, in denen Motore verwendet werden, müssen gegen Unfall versichert werden. Diesen Grundsatz hat das Reichsversicherungsamt jetzt wieder zur Geltung gebracht. In der städtischen Übungswerkstätte für Schlosser und Mechaniker waren Maschinen aufgestellt, die mit Elekromotoren angetrieben wurden. Die angefertigten Gegenstände wurden nicht verkauft, sondern den Schülern gegen Erstattung des Materialwerts überlassen. Die Schüler, Gesellen und Gehilfen erhielten für ihre Tätigkeit natürlich keine Vergütung und bezahlten ein bestimmtes Schulgeld für jeden Kursus. Für die Werkstätten war ein Diener angestellt, der die Räume reinzuhalten und beim Aufstellen der Maschinen und Transmissionen zu helfen hatte. Die zuständige Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft hatte die Übungswerkstätten auf Anmeldung als Motorenbetrieb in ihr Kataster eingetragen. Diese glaubte aber, daß nur der Werkstattdiener versicherungspflichtig sei. Die Versicherung der Lehrer und Schüler wurde ausdrücklich abgelehnt. Die Lehrer und Schüler in Lehranstalten und Fachschulen wären zwar im allgemeinen nicht versicherungspflichtig, weil ihre Arbeitsleistungen den Lehrzwecken und nicht der wirtschaftlichen Produktion und der Erzielung eines Unternehmergewinns dienen. Wenn jedoch der Betrieb einer solchen Anstalt infolge der Verwendung von Motoren versicherungspflichtig wird, so erstreckte sich die Versicherung auch auf die Schüler und Lehrer insoweit, als sie durch ihre Tätigkeit in Ausfüllung eines Arbeitspostens mit den Motoren oder den von diesen bewegten Arbeitsmaschinen in Berührung kommen.

Eine Verzweiflungstat? Heute morgen begoß sich die Arnimstraße 39 wohnhafte, ledige Arbeiterin Saborowski mit Petroleum und zündete dann ihre Kleider an. Laut schreiend lief sie in den Garten, wo Nachbarn die Flammen erstickten. Die Bedauernswerte, die nur halb angekleidet war, erlitt schwere Brandwunden. Mittels Sanitätswagen schaffte man sie in das Krankenhaus. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt. Was die Veranlassung zu dieser schrecklichen Tat gewesen ist, entzieht sich unserer Kenntnis.

pb. **Einbruch.** In verflossener Nacht ist aus einem Laden am Moltkeplatz mittels Einbruchs gestohlen: Mehrere Pfunde Sardellen-, Sülz- und gewöhnliche Leberwurst, 3 Mk. Kupfergeld und vermutlich einige Flaschen Rotwein, Marke Chateau Meyney.

pb. **Ein nettes Früchtchen.** Der bei einem hiesigen Bandagisten tätig gewesene Lehrling Heinrich Friedrich Schmittat, geboren am 1. April 1892 in Bohnert erbrach am Sonntag, den 6. d. M., nachmittags, einen seinem Meister gehörigen Wandschrank, entnahm demselben 370 Mk. in bar, sowie ein Sparkassenbuch mit einem bei einer Schweriner Bank hinterlegtem Guthaben von 2500 Mk. und wurde flüchtig. Der Flüchtige ist etwa 1,50 Meter groß, hat blondes Haar, keinen Bart, ovales Gesicht, gesunde Gesichtsfarbe und schlanke, schmächtige Figur. Bei seinem Fortgange war er bekleidet mit einem schwarzen, weichen Filzhut, dunklem Überzieher und dunklem Jackettanzug.

pb. **Ermittelt und festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Rostock, der seitens der Großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Rostock zwecks Vollstreckung einer Gefängnisstrafe verfolgt wird.

pb. **Schadenfeuer.** Am Sonntag, den 6. ds. Mts., abends gegen 9½ Uhr gerieten zwei, dem Hofbesitzer Ehlers in Nienhüsen gehörige, mit Erntevorräten gefüllte Scheunen auf bisher nicht aufgeklärte Weise in Brand und wurden vollständig ein Raub der Flammen. Den aus Moisling, Reeke, Niendorf, Rotenhusen und Gr. Schenkenberg herbeigeeilten Feuerwehren gelang es, den in großer Gefahr stehenden Kuhstall, sowie das Wohnhaus zu retten.

Volkskonzert. Man schreibt uns: Die großen Lehrergesangvereine Deutschlands haben es stets als eine ihrer Hauptaufgaben mit betrachtet, in den breiten Volksmassen wieder den Sinn für Volkslied und volkstümliche Weisen zu erwecken. Diesem Zwecke dienen die Volkskonzerte, in denen gegen geringes Eintrittsgeld gute und edle Musik geboten

wird. Der hiesige Lehrer-Gesangverein hat bisher zwei Volkskonzerte in den vorausgegangenen Jahren veranstaltet, von denen sich das erste eines so großen Zuspruches erfreute, daß Hunderten kein Einlaß mehr gewährt werden konnte. Die künstlerische Tätigkeit des Chors verdiente umsomehr Anerkennung, als die verfügbaren Überschüsse gemeinnützigen Anstalten zuflossen, wie z. B. der öffentlichen Lesehalle. Auch das diesjährige Volkskonzert ist ein Wohltätigkeitskonzert, gilt es doch, die Knabenhorte finanziell zu unterstützen. Das Programm des Konzertes ist so gewählt, daß jeder Besucher etwas mit nach Hause tragen wird. Vor allem ist auch das echte Volkslied berücksichtigt, teils in alter Weise aus längst vergangenen Zeiten, teils in Schöpfungen unserer größten Meister auf diesem Gebiete. Das Kunstlied kommt vor allem in der gewaltigen Ballade „Rudolf von Werdenberg" zur Geltung. Herr Dr. Reuter wird zwei Sätze aus einer Sonate für Cello von Franz Schubert spielen, die dank ihrer schönen Melodie außerordentlich leicht verständlich ist. Außerdem bereichert er das Programm durch ein „Lied ohne Worte" von Mendelssohn und ein „Scherzo" von Goens, einem holländischen Komponisten. Herr Paul Tödten (Tenor) singt Lieder von Franz Schubert und Scheinpflüg. Die Eintrittspreise sind auf 50 und 30 Pfg., letztere für einen unnumerierten Platz, festgesetzt. Numerierte Billetts sind nur in der Musikalienhandlung von F. W. Kaibel in der Breitestraße erhältlich, die unnumerierten in einer Anzahl von Geschäften, die unsere Leser im Inserat angezeigt finden. Möge das Konzert auch aus der großen Reihe unserer Leser sich des Besuches erfreuen, den die künstlerische Veranstaltung ihres inneren und äußeren Wertes halber verdient.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch, abends 8 Uhr, kommt die mit so großem Beifall aufgenommene phantastische Komödie „Der Diamant" von Friedr. Hebbel, vielseitigen Wünschen entsprechend, zur nochmaligen Wiederholung. — Am Donnerstag geht die romantische Oper „Das Nachtlager in Granada" von Conradin Kreutzer in der bewährten Besetzung nochmals in Szene. — Für Freitag ist außer Freitag-Abonnement, jedoch im Voll-Abonnement, die achte Aufführung der Operette „Ein Walzertraum" von Strauß angesetzt.

---

k. **Herrenburg.** Eine öffentliche Volksversammlung fand Sonntag in Dechows Gasthaus statt. Der Kandidat unseres Kreises, Genosse Lüth-Hamburg, sprach über das persönliche Regiment und den 500 Millionen-Raub. Die sehr gut besuchte Versammlung spendete dem Redner lebhaften Beifall für seine Ausführungen.

Eutin. Wahlrechtsverschlechterung in Oldenburg. Für das Großherzogtum Oldenburg hat der Landtag das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für die Landtagswahlen angenommen. Die Agrarier und die Ultramontanen versuchen nun, das Gesetz in der Weise zu ergänzen, daß das Pluralwahlsystem eingeführt wird, und zwar sollen die Haus- und Grundbesitzer eine Stimme mehr bekommen. In der Kommission ist der Antrag mit 9 gegen 8 Stimmen zur Annahme gelangt. In der „Kieler Zeitung" stimmt der liberale Landtagsabgeordnete Voß-Eutin ein langes Klagelied über das reaktionäre Vorgehen der Agrarier und Zentrumsmänner an. Er vergißt jedoch dabei zu bemerken, daß es gerade die Liberalen waren, welche die Reaktionäre in den Sattel gehoben haben. Wenn jetzt die Wahlrechtsvorlage verschlechtert wird, so trifft die Liberalen in letzter Linie die Schuld. Das wollen sich die Arbeiter merken.

Eutin. Vom Zuge getötet. Auf der Strecke Eutin-Neustadt wurde ein Fahrgast, Fräulein Beth, vom Zuge erfaßt und getötet.

Tessin. Auf entsetzliche Weise verunglückt ist auf dem Rittergute Repnitz der 55jährige Kuhfütterer Heinr. Schuldt. Der Bedauernswerte wurde von einem Bullen, den er zum Decken hinausführte, angegriffen. Durch einen Stoß wurde dem Manne der Leib aufgerissen, so daß die Eingeweide hervorquollen. Es ist wenig Hoffnung, ihn dem Leben zu erhalten.

Warin. Kindesmord. In Tarzow wurde eine aus Russisch-Polen gebürtige Schnitterwitwe verhaftet und in das dortige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Sie soll das heimlich geborene Kind nach der Geburt getötet und vergraben haben. Die kleine Leiche wurde bereits nahe dem Hause im Garten ausgegraben.

Altona. Schwerer Unglücksfall am Hauptbahnhof. Als gestern morgen 6 Uhr der von Wittenberge kommende Personenzug in den Hauptbahnhof einfahren wollte, hatte der Heizer Haase aus Wittenberge das Unglück von der Maschine auf die Geleise zu stürzen, wobei er tödliche innere Verletzungen erlitt. Er wurde sofort mittels Tragkorbes nach dem Krankenhause geschafft, doch verstarb er bereits während des Transportes. Der Verunglückte ist verheiratet und hinterläßt Frau und zwei Kinder.

Schwerin. Zwei Soldaten vom Zug überfahren. Die beim Mecklenburgischen Jägerbataillon Nr. 14 dienenden Jäger Becker und Abel wurden auf dem Bahnkörper von einem sie überholenden Zuge erfaßt und getötet.

Oldenburg. Tödlicher Unglücksfall. Auf dem Bahnhofe Heringsdorf kam Frau Everts beim Besteigen des Zuges zu Fall und geriet unter die Räder. Der Kopf wurde ihr vom Rumpfe getrennt.

Aus dem Gerichtssaal.

Ein bestialisches Verbrechen fanatisierter Frömmler. In Graz (Steiermark) beschäftigte am 3. Dezember ein von Wallfahrern begangener Totschlag, der nur deshalb zur Erhebung der Anklage wegen Verbrechens der schweren körperlichen Verletzung führte, weil nicht festgestellt werden konnte, welcher der Täter dem Verletzten die tödliche Verletzung beigebracht hatte, das Landgericht. Angeklagt waren der Grundbesitzer Anton Winkler aus Geindersteeg und die Knechte Johann Kalcher, Ludwig Hofer und Johann Weitzer. Am Abend des 4. Oktober kehrten die Wallfahrer, darunter die Angeklagten, aus Maria-Fieberbrunnl zurück. Auf einer Bank vor dem Gasthause lag der sechzigjährige Maurer Josef Schrammeis, der als Freigeist und Sozialist in der Gegend bekannt war. Er rief den Wallfahrern zu: „Wär' g'scheiter, wenn Ihr zu Hause arbeite täts!" In diesem Augenblick stürzte sich Winkler auf den Zurufer und gab ihm eine derart kräftige Ohrfeige, daß Schrammeis von der Bank herunterfiel, über einen Abhang kollerte und dann bewußtlos liegen blieb. Winkler ging ihm nach und versetzte dem Bewußtlosen noch einige Schläge ins Gesicht. Dann kam Kalcher hinzu und schlug mit einem Glase wütend auf den Kopf des Ohnmächtigen. Winkler und Kalcher gingen dann ins Gasthaus zurück, wo sie sich ihrer Tat rühmten. Hofer und Weitzer, die später hinabgingen, um nachzuschauen, packten den noch immer bewußtlosen Greis bei einem Fuß und schleiften ihn zirka achtzehn Meter weit, wobei sie ihm ab und zu Fußtritte versetzten. Dort ließen sie ihn liegen. Ein anderer Wallfahrer, der sich das Spezialvergnügen machen wollte, den „Freisinnigen" zu verunreinigen, hörte ihn röcheln und bemerkte, als er ein Zündhölzchen anbrannte, daß sein Kopf über und über mit gestocktem Blut besudelt war. Das Gesicht war hoch aufgeschwollen und zeigte alle Farben. Voll Grauen ergriff der Mann die Flucht. Als man später Nachschau hielt, ob der Mißhandelte sich schon entfernt habe, fand man Schrammeis schon als Leiche. Bei der Verhandlung waren Winkler und Kalcher der Tat geständig, während die Angeklagten Hofer und Weitzer behaupteten, daß Schrammeis, als sie ihn wegschleppten, bereits tot war. Der Gerichtshof sprach Winkler und Weitzer nur wegen Übertretung der körperlichen Sicherheit schuldig und verurteilte Johann Kalcher zu dreizehn Monaten, Anton Winkler zu vier Monaten schweren Kerkers; Ludwig Hofer und Johann Weitzer erhielten eine Woche Arrest.

Standesamtliche Nachrichten

vom 29. November bis 5. Dezember 1908.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

17. November. Maurer J. E. Chr. Schwarz. 24. Arbeiter O. H. G. Sietz. 26. Redakteur J. W. Haase. Fuhrmann H. J. F. Tanger. Vorarbeiter J. C. H. Wendland. 27. Arbeiter C. M. J. J. H. Weidemann. 28. Arbeiter E. C. J. Matthiessen. Terrazzoarbeiter Vincenzo Zanetti. Maurer A. H. A. Brott. Konditor J. F. Götke. 29. Heizer H. M. Steinbek. Arbeiter J. F. Boller. Seemaschinist E. C. L. Petersen. Schlosser C. H. Czarnojan.

1. Dezember. Bureaugehilfe H. F. Oehlenschläger. Stanzer W. Chr. H. Kröger. 3. Versicherungsbeamter H. F. A. Schweder.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.

21. November. Schiffszimmermann H. J. H. A. F. Wohlers. 24. Arbeiter R. J. H. Korf. Müller J. F. Freese. 27. Arbeiter A. Katlus. Tapezierer J. H. Bruhn. Arbeiter W. F. H. Rockstien. 28. Fabrikarbeiter W. Chr. H. Hartung. Schneider J. J. Chr. Buck. Arbeiter J. J. C. Möller. Arbeiter H. J. F. Lege. Gärtner A. F. H. C. Lorenz. 29. Eisenbahn-Wagenschieber H. F. F. Scharrenweber. 30. Heizer J. H. Westphal. Arbeiter J. H. F. Westphal. Heizer J. E. Spies. Arbeiter G. J. J. Döpcke.

2. Dezember. Former P. C. Hoeck. Arbeiter J. W. C. Holtz. 3. Stellmacher P. E. Krause. 4. Eisenbahnbremser E. G. F. Steder.

Angeordnete Aufgebote.

November. Dienstmann J. F. N. Hering und L. Pustolla. Kaufmann C. H. W. H. Stephan in Düsseldorf und A. M. Bandholtz. Eisenbahn-Assistent Chr. Dahmlos und Witwe E. A. D. Seelig geb. Bick. Schlachter W. C. J. Bick und P. M. C. Langmaak.

Dezember. 1. Maurer J. J. H. Junge und B. Ch. W. Höpner, beide in Klein-Berkenthien. Portier G. Thams und B. K. P. Wilde, beide in Hamburg. Klempner H. A. J. Gollup und E. Chr. A. Niemann. Kaufmann H. P. H. P. Dahncke und Witwe S. E. O. Württenberger geb. Rosin. Maurer J. K. M. Blohm und A. F. L. Wunderwaldt. Lehrer K. H. L. Eiler in Sahrensdorf und A. M. L. Meier. Maschinenbauer H. W. A. Westfehling und J. B. E. Ahrens in Kiel. 2. Matrose W. F. N. Törper und M. H. L. Ahrens. Seemaschinist K. W. F. Block in Hamburg und M. M. Fey. Handlungsgehilfe E. H. H. Brügmann in Hamburg und M. J. M. W. Westfehling. Arbeiter F. Butzloff und Chr. J. C. Fischer in Goldensee. 3. Arbeiter H. J. H. Wilms und Witwe C. C. E. Wagner geb. Grabe. Schmied H. K. H. Maibom und M. Ch. Chr. Bülow. 4. Arzt Dr. med. E. H. Baur in Eßlingen und D. H. E. Peckelhoff. Kunstgärtner H. H. J. Dirksen und A. M. H. Pretzer. Kaufmann F. W. Trepkau und H. M. L. Simon. Bahnmeister-Aspirant H. C. A. Burmeister in Gnesen und M. L. M. W. Schröder in Malchin. 5. Arbeiter H. F. W. Jessel und Chr. K. M. Wanzenberg in Gadebusch. Arbeiter H. C. J. H. Behnck und F. A. S. Böckmann.

Eheschließungen.

1. Dezember. Steinmetz H. C. Klink und R. J. A. Winter. Schutzmann W. J. G. Wilcken und die geschiedene M. S. Kaupert geb. Törper. Obermaschinistenmaat P. Merle in Kiel-Gaarden und M. A. F. Lübcke. 2. Handlungsgehilfe A. J. Ed. Witt und C. S. M. D. Wilken. 4. Uhrmacher W. M. R. H. Westfehling und A. J. M. Goldschmidt. 5. Arbeiter J. H. Chr. Lüthje und F. S. C. Dechow. Arbeiter P. W. K. Jahn und L. Janetzki. Erbpächter H. Chr. J. Edler und B. A. E. Meyer, beide in Krempelsdorf. Arbeiter J. F. G. Hamann und M. A. M. Timmermann. Maurer E. A. O. Kläbn und Witwe M. D. Friederike Ohlhorn geb. Brockmann. Seemaschinist F. R. Leihe und M. M. C. D. S. Lamprecht.

Sterbefälle.

November. 28. Früherer Landmann G. D. V. Erdmann, 75 J. M. S. E. geb. Wigger, Ehefrau des Kutschers J. J. F. Stender, 43 J. Arbeiter J. H. W. Kardel, 19 J. (Seeretz), C. D. L. W. Fischer, 66 J. Gefunden in der Trave: Die Leiche eines neugeborenen Kindes weiblichen Geschlechts. 29. Klempnermeister J. G. Wiese, 64 J. Maler H. G. R. Freimuth, 61 J. Bootsmann C. Geyer, 44 J. 30. E. D. M. geb. Radden, Ehefrau des Privatmannes P. Th. F. Chr. Beckmann, 64 J. D. M. B. geb. Krop, Witwe des Spiegelmachers J. P. F. Ramm, 92 J. J. S. A. E. Ollrogge, 4½ M. K. A. L. Schmidt, 21 J.

Dezember. 1. Maler C. A. G. Tell, 23 J. B. J. C. Heick, 33 J. 2. A. M. W. Kistenmacher, 32 J. Maurerpalier H. J. Otto, 61 J. 3. A. Chr. M. Füber, 23 T. H. E. M. Bender, 1 M. M. S. H. Drodt, 4 J. W. J. H. Faasch, 4 J. F. B. K. Storm, 2 M. 4. O. W. Polster, 7 M. E. J. M. geb. Ebenhusen, Ehefrau des Trägers W. A. G. Röupage, 78 J. H. B. geb. Ehrlich, Ehefrau des Schlachters P. E. F. Schnoor, 25 J. M. W. Szodrzynski, 6 M. M. C. F. geb. Witt, Ehefrau des Arbeiters H. M. Meyer, 71 J. 5. Chr. M. Beythien, 51 J. Früherer Krämer J. H. Carsten, 87 J.

Kunst und Wissenschaft.

Ilse Frapan-Akunian,

die begabte Schriftstellerin, ist bekanntlich in Genf eines jähen Todes gestorben. Sie litt, wie sich erst vor kurzem herausstellte, an einem unheilbaren Magenkrebs. Auf ihren Wunsch ist sie am Mittwoch von ihrer langjährigen treuen Kameradin, der Malerin Emma Mandelbaum erschossen worden. Die Freundin, die ohne sie nicht weiter leben mochte, hat sich dann gleichfalls erschossen.

Ilse Frapan, von deren literarischen Arbeiten u. a. in der „Neuen Welt" Proben gegeben wurden, entstammte einer französischen Familie Levin, die nach Hamburg ausgewandert war. Dort wurde sie (1852) geboren und dort hatte ihre Kunst ihre Wurzeln. Nachdem sie 14 Jahre Lehrerin ge[illegible] um einer Liebsch[illegible] um Darwin und Häc[illegible] In einer autobiographischen Skizze, die im „[illegible]" schien, hat sie knapp und kurz den weiteren Gang ihres Werdens geschildert.

„Früh war mir „der große Wurf gelungen", ich ward die Freundin einer Freundin (Emma Mandelbaum), deren Herz mein Altar war und noch ist, denn nie waren wir seit damals getrennt. Sie Malerin, ich Schriftstellerin, — so schlugen wir uns durch. Zu Storm nach Hanerau, zu Vischer (dem Ästhetiker) nach Stuttgart, zu Paul Heyse nach München, überall geführt, gefördert, gehoben, befreundet. Dann zog es mich mächtig zur Naturwissenschaft, und zu dem herrlichen Lande, das wie der frischgrüne Herzsproß am alten, mooszerfressenen Stamm Europa ist: nach Zürich, in die alpenfrische Schweiz. Noch einmal ein neuer Anfang, noch einmal Studentin. Wundervolle Zeit! Da taten sich unendliche Fernblicke auf, da fühlte ich die große Solidarität, die Menschenbrüderschaft, die nicht an den Landesgrenzen haltmacht. Mit den Vertretern vieler Nationen an einem Tisch zu sitzen und sich freudig zu sagen: „Wir alle streben nach dem gleichen Ziel, wir alle verstehen uns, als hätte ein Boden uns gezeugt," was für ein Wachsen, Erstarken, Schweben. Der beste Mann, den ich geliebt (der Armenier Akunian), ward mein, und es war mir das Glück beschieden, ihn an meiner Seite zum Dichter, zur poetischen Stimme seiner kaukasischen Heimat sich entwickeln zu sehen. Wie meine Freundin mir die tägliche lebendige Beziehung zur Malerei geschenkt, so schenkte er mir den ganzen Orient."

Ihr Schicksal, ihr Lebensinhalt wurde durch die Verknüpfung mit der Welt der Freundin und des Gatten bereichert und vertieft. Neben den Hamburger Eindrücken, die in ihren schlichten, dem Leben abgewonnenen Novellen und Skizzen überwiegen, erfaßte und gestaltete sie nun auch manches aus dem Leben der russischen Emigranten und aus dem Kaukasus. Ergreifend hat sie z. B. in der Skizze „Die verfluchte Stelle" an dem Lose eines Natursohnes, der in der Naphthaindustrie Unterhalt und Verdienst sucht und den Tod findet, die zerstörende Wirkung des Kapitalismus auf neuem Boden geschildert. Freilich die große Synthese aus all dem stand noch aus. Aber sie war voll Hoffnung, als sie 1907 schrieb:

Mein Bestes liegt noch vor mir, das Beste, das ich zu geben habe, hab ich noch nicht gefunden. Es muß herauswachsen aus dieser feurigen Menschenbrüderschaft, der Alliebe, der Alleinheit. Ich bin ja nirgends fremd. Mit beiden ausgestreckten Händen berühr' ich Europa und Asien. Das lange duldende Volk der Armenier ist mein Volk, wie das deutsche, dem ich durch mütterliche, wie das französische, dem ich durch väterliche Abstammung angehöre. Und mein Volk sind die Russen, denn meine Freundin ist Russin, und da sie Jüdin ist, so sind auch die Juden mein Volk."

Nun hat ein freiwilliger Tod, den sie unnützen Leiden vorzog, ihrem Schaffen ein Ziel gesetzt. Ihre Bilder aus Hamburg, die Erinnerung an kleinbürgerliche Zeiten wachhalten, die getreue Wiederspiegelung, die der Alltag und die unteren Klassen bei ihren Skizzen gefunden, die Probleme, mit denen sie in ihren Novellen sich beschäftigt, ihr Roman „Arbeit", der die Schweizer Professoren in Entrüstung versetzte, legen beredtes Zeugnis ab für ihr Streben und Ringen, ihr Können und Wollen.

Schiffsnachrichten.

In Travemünde angekommene Schiffe.

Montag, 7. Dezember.

D. Expreß, Kapt. Davidsen, von Flensburg in 12 St.
D. Britannia, Kapt. Stoll, von Emden in 2 T.
D. Najaden, Kapt. Stenfelt, von Kopenhagen in 15 St.
D. Ludvig Kolberg, Kapt. Pälsson, von Gothenburg in 36 St.
D. Svithiod, Kapt. Borg, von Kalmar in 38 St.
D. Vehr Brahe, Kapt. Lindroos, von Hangö in 2½ T.
D. Newa, Kapt. Voß, von St. Petersburg in 3½ T.
Wermland, Kapt. Beckmann, von Kalfsund in 2 T.
D. Hansa, Kapt. Schmalfeld, von Libau in 53 St.

Von Travemünde abgegangene Schiffe.

Sonntag, den 6. Dezember.

Havlitten, Kapt. Morenssen, nach Rudkjöbing.
Werner Kunstmann, Kapt. Lütgens, nach Faxö.
D. Ostsee, Kapt. Eiggert, nach Furillen.
Hera, Kapt. Blomgreen, nach Karlsund.
Annemarie, Kapt. Jensen, nach Helsingfors.
F. Glasau, Kapt. Heide, nach Helsingfors.

Schiffsbewegung.

D. „Annalise" ist Montag vormittag von Pillau auf hier abgedampft.

D. „Arcona" ist Sonntag früh von Königsberg auf hier abgegangen.

D. „Storfursten" ist Sonntag morgen in Hangö angekommen.

D. „Dora" ist Sonntag vormittag in Danzig angekommen.

D. „Lilly" ist am Montag nachmittag 3 Uhr von Norrtelje auf hier abgegangen.

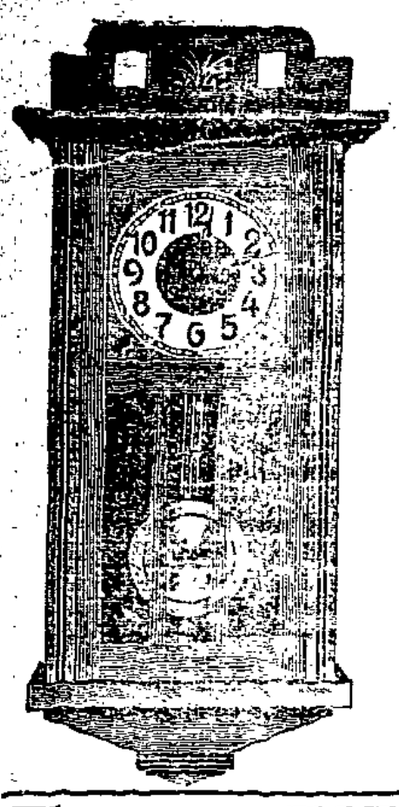
Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Die Aussperrung in der Posfehlschen Kalkgrube in Furillen.

Wir reisten am 25. Oktober von Lübeck nach Furillen mit dem Dampfer „Ostsee". In Travemünde kamen noch 15 Arbeiter aus Hamburg dazu, die auch noch miteingeschifft werden mußten. Ich frug unterhalb Bordesholm die Mannschaft und den Schachtmeister, ob auf der Insel gestreikt würde, mir wurde von dem Schachtmeister erwidert: Habe nur keine Angst, ich will nur deutsche Arbeiter haben, weil ich der schwedischen Sprache nicht mächtig bin. Am 27. November kamen wir in Furillen an; da sagten uns die Matrosen: Hier ist Eure Heimat und dabei lachten sie, was mir gleich auffiel. Als wir von Bord gingen, kam grade ein Boot mit 4 Mann vorbei; es waren Ausgesperrte, denn sie riefen: Geht nicht an Land, denn hier ist Streik oder wollt Ihr Euren Brüdern in den Rücken fallen? Da ich der schwedischen Sprache mächtig bin, so rief ich gleich, es wäre in Lübeck nichts davon bekannt, sie möchten abends an Land kommen, ich würde mich mit ihnen in Verbindung setzen. Sie kamen abends und nun setzten sie mir auseinander, wie sich die Sache verhält. Am 28. waren wir mit 3 Lübecker in einer Versammlung der Ausgesperrten. In kurzer Zeit waren von 60 Streikenden 900 Kronen gesammelt, damit wir alle wieder abreisen konnten; es sind aber nur 3 Mann abgereist. K.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.



Grösstes Lager
in
Freischwingern u. Weckuhren

Nur neue Muster mit Ia. Werken.

Freischwinger, 14 Tage gehend und schlagend, schon von **16** Mk. an.

Wecker in allen Ausführungen von **2.50** Mk. an

Aug. Büttner,
Uhrmacher.

Bitte auf die Nummer **32 Hüxstraße 32** zu achten.

Rote Rabattmarken.

Zum Weihnachts-Fest
bringe allen Freunden und Gönnern mein
Tabak- und Zigarren-Geschäft
in freundliche Erinnerung.

Weihnachts-Zigarren in Kisten zu 25 Stück nur aus rein überseeischen Tabaken hergestellt.

Carl Wittfoht, Hüxstraße 18.

Zum Weihnachtstisch
empfehlen unsere **reiche Auswahl** von
Bilderbüchern in feinster Ausführung

Ferner:

Märchenbücher, Jugendschriften, Ordnungsmappen

von den einfachsten bis zu den feinsten, in den verschiedensten Preislagen.

Vereinen und Gewerkschaften, welche Kinderbescherungen veranstalten, sind obige Sachen besonders empfohlen und gewähren denselben besonderen Rabatt.

Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.
Johannisstrasse 46.

Sämtliche Sachen sind auch durch unsere Kolporteure zu beziehen.

Der Unterricht ist bis ins kleinste wissenschaftlich **Lehranstalten** nachgeahmt in den **Selbstunterrichtswerken** Methode Rustin: **Der wissenschaftlich gebildete Mann, Der gebildete Kaufmann, Der Bankbeamte, Das Gymnasium, Das Realgymnasium, Die Oberrealschule, Das Abiturientenexamen, Die höh. Mädchenschule. Die Handelsschule, Die Mittelschullehrerprüfung, Der Einjährig-Freiwillige, Der Präparand, Der Militäranwärter.** Glänzende Erfolge. Besondere Prospekte über jedes Werk und Anerkennungsschreiben gratis und franko. Ansichtssendungen bereitwilligst. Bezug gegen kleine monatliche Teilzahlungen.

Bonness & Hachfeld, Verlag, Potsdam.

Zum Weihnachtsfest
empfehle
sämtliche Zutaten zur Kuchenbäckerei in bester Qualität.
Ferner **Tannenbaumschmuck, Lichte, Wal-, Haselnüsse, Feigen** etc. **Parfümerien** in kleinen Flaschen.

Hansa-Drogerie, Hans Fock Nachf.,
Ecke Fackenburger u. Schwartauer Allee, vis-à-vis d. neuen Bahnhof.

Lauscher Kuchensirup . . . . Pfund 30 Pfg.
Hamburger Kuchensirup . . „ 25 „
Prima Weizendampfmehl in drei Sorten
sowie **alle zur Kuchenbäckerei** gehörigen **Gewürze** empfiehlt

T. Buhrmann Inhaber: J. Falk, Holstenstr. 23.
Lubeca-Marken.

Der Mietskontrakt ist abgelaufen!
Um in der kurzen Zeit das Lager vollständig zu räumen, wird von heute ab ohne Rücksicht auf den bisherigen Wert

zu jedem annehmbaren Preis
verkauft.

In grosser Auswahl vorrätig:

Spottbillig! .·. Herren - Jackett - Anzüge .·. Spottbillig!
.·. .·. Gehrock-Anzüge .·. .·.
Spottbillig! Herr.-Paletots Herr.-Lod.-Jopp. Spottbillig!
Burschen- und Knaben-Anzüge
Spottbillig! .·. Gummimäntel etc. etc. .·. Spottbillig!

Riesen-Ausverkauf
für Herren- und Knaben-Garderoben
Königstr. 113, Ecke Aegidienstr.
Nähe der Mühlenstrasse.

Beerdigungs-Institut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.

Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- und Blattkränzen.
Einkleidungen jeder Art. * * * * * * * * Billigste Preise.

Eine der interessantesten politischen Zeitungen der Reichs-Hauptstadt
ist die im 56. Jahrgang stehende altbewährte

Berliner
Volks-Zeitung
mit reich illustriertem Sonntagsblatt und täglicher Unterhaltungsbeilage

Chefredakteur: **Karl Vollrath.**

Die „Berliner Volks-Zeitung" ist die **billigste** der

täglich zweimal
erscheinenden deutschen Zeitungen.

Ihre unumstritten anerkannte Eigenart besteht, abgesehen von ihrem außerordentlich reichen, vielseitigen Inhalt, in der frischen, kernigen, wahrhaft volkstümlichen Sprache, mit der sie für Freiheit und Recht gegen Unrecht und Unterdrückung eintritt. — Die Lektüre der „Berliner Volks-Zeitung" ist eine Herzstärkung für jeden aufrecht gesinnten deutschen Mann.

80 Pfennig monatlich
bei allen Postanstalten des Deutschen Reiches.

Für die Frau des Hauses bieten namentlich das tägliche Familienblatt und das 16 Seiten starke aktuell und reich illustrierte Sonntagsblatt eine wertvolle Ergänzung zu unserem Blatte. Hier findet die Hausfrau allerlei praktische Winke für Haus und Familie sowie belehrende und nützliche Aufsätze aus allen Gebieten für das tägliche Leben. —

Expedition der „Berliner Volks-Zeitung"
:: :: :: :: Berlin SW. 19, Jerusalemer Strasse 46—49 :: :: :: ::

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

General-Versammlung
am Mittwoch, den 9. Dezember
abends 8½ Uhr
im grossen Saale des „Vereinshauses", Johannisstrasse 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Neuwahl der Ortsverwaltung, der Kartelldelegierten und Aufsichtskommission, Wahl eines Vertrauensmannes.
2. Bewilligung von Geldern aus der Lokalkasse für die Arbeitslosen.
3. Wahl von 2 Delegierten zur Werftarbeiterkonferenz.
4. Abrechnung vom Wintervergnügen.
5. Verschiedenes.

Um recht zahlreichen Besuch ersucht

Die Ortsverwaltung.

Mitgliedsbuch muß vorgezeigt werden.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 287. Dienstag, den 8. Dezember 1908. 15. Jahrg.

Verehelichung bayerischer Staatsangehöriger.

Das Königreich Bayern hat bei der Gründung des Deutschen Reiches durch den Versailler Vertrag vom 23. November 1870 neben anderen Zugeständnissen das Recht erhalten, seine Heimats- und Niederlassungsverhältnisse landesgesetzlich zu regeln, weshalb das Gesetz über „Heimat, Verehelichung und Aufenthalt" vom 16. April 1868 unverändert bestehen blieb. „Heimat" ist im gesetzlichen Sinne fast gleichbedeutend mit Unterstützungswohnsitz, in dem Begriff „Heimat" verbürgt sich weiter das Recht, von einem bestimmten Ort, dem Heimatsort nicht ausgewiesen werden zu können.

Die Heimat wird durch Geburt erworben, was als ursprüngliche Heimat bezeichnet wird. Mit der Verehelichung muß sich jeder Bayer die selbständige Heimat erwerben, die gegen Gebühren zwischen 20 und 80 Mark verliehen wird. Die Höhe der Gebühren richtet sich nach der Zahl der Einwohner der Heimatsgemeinde; sie beträgt in Gemeinden bis zu 1500 Seelen 20 Mk., von 1500 bis zu 2000 Seelen 40 Mk., bis zu 20 000 Seelen 60 Mk. und in Gemeinden mit mehr als 20 000 Seelen 80 Mk. Die Gemeinden haben das Recht, diese Gebühren zu ermäßigen. Die Heimat kann aber in bestimmten Fällen auch gebührenfrei erworben werden, aber nur dann, wenn der um die Heimat Nachsuchende längere Zeit in einer bayerischen Gemeinde wohnt und arbeitet. Wer außerhalb der Gemeinde wohnt, in der er seine ursprüngliche Heimat hat, oder wer außerhalb Bayerns wohnt und sich verehelichen will, muß für die selbständige Heimat, ohne die er als Bayer nicht heiraten kann, bezahlen. Er hat dafür in dieser Gemeinde seinen Unterstützungswohnsitz, er und seine Angehörigen müssen im Notfalle von dieser Gemeinde aus Gemeindemitteln erhalten werden. In anderen deutschen Bundesstaaten kennt man eine Heimat im bayerischen Sinne nicht, es wird deshalb vielfach angenommen, daß in Bayern für die Verehelichung besondere Gebühren bezahlt werden müssen. Diese Annahme wird dadurch bestärkt, daß bei Bayern, die außerhalb wohnen, die Verehelichung in der Regel mit der Erwerbung des selbständigen Heimatsrechtes zusammenfällt. Die Heimatsgebühr kann nur bayerischen Staatsangehörigen abgenommen werden. Angehörigen der anderen deutschen Bundesstaaten, die sich in Bayern verehelichen, haben diese Gebühr nicht zu entrichten. Es kann sich aber jeder bayerische Staatsangehörige, der sich außerhalb Bayerns verehelichen will, der Entrichtung einer Gebühr entziehen, wenn er vor der Verehelichung aus dem bayerischen Staatsverbande austritt und sich die Staatsangehörigkeit in seinem Aufenthaltsort erwirbt. Der Austritt aus dem bayerischen Staatsverbande verursacht keinerlei Kosten, desgleichen muß die Erwerbung der Staatsangehörigkeit in einem anderen deutschen Bundesstaat unentgeltlich verliehen werden. Es kommen nur die Kosten für die Ausstellung des Staatsangehörigkeitsausweises in Betracht, die zirka 1,50 bis 1,70 Mark betragen. Die Staatsangehörigkeitsausweise werden in Bayern von den k. Bezirksämtern und den Magistraten der unmittelbaren Städte, in München von der k. Polizeidirektion ausgestellt. Der Verlust der bayerischen Staatsangehörigkeit hat für die ausgetretenen Staatsbürger keinerlei nachteilige Folgen, so daß jedem bayerischen Staatsangehörigen, der außerhalb Bayerns sich verehelichen will, empfohlen werden muß, den mitgeteilten Weg zu wählen. Kehrt er später nach Bayern zurück, so kann er sich die Staatsangehörigkeit wieder erwerben und wenn er sich vier Jahre in einer Gemeinde aufgehalten hat, hat er auch das Heimatsrecht wieder gebührenfrei erworben.

Ein Teil der bayerischen Gemeinden bezahlen die für die Heimat bezahlte Gebühr wieder zurück, wenn sich der Heimatsberechtigte eine andere Heimat oder Staatsangehörigkeit erworben hat. Für die Gemeinden besteht hierzu zwar keine gesetzliche Verpflichtung, sie tun es aber doch, weil sie in vielen Fällen froh sind, wenn sie Heimatsberechtigte, die sich außerhalb der Gemeinde aufhalten und die später Unterstützungsansprüche stellen könnten, aus der Liste der Heimatsberechtigten streichen können. Wenn ein Berechtigter sich eine andere Heimat oder Staatsangehörigkeit erwerben will und auf Rückzahlung eines Teils der an die Heimatsgemeinde bezahlten Gebühren reflektiert, so muß er seine Absicht vorher der Gemeinde mitteilen und sich die Rückzahlung der Gebühren in Aussicht stellen lassen. Die Gemeinden kommen derartigen Wünschen vor dem Erwerb einer anderen Heimat gerne nach, während, wenn das Gesuch erst nach der Erwerbung der neuen Heimat gestellt wird, sich keine Gemeinde mehr auf die Rückzahlung der Gebühren einläßt, weil sie, nachdem eine andere Heimat bereits erworben ist, kein Interesse mehr an dem Heimatsberechtigten hat. Die Zusicherung einer Gemeinde hat nur dann Gültigkeit, wenn sie mit der Unterschrift des Bürgermeisters und mit dem Gemeindestempel versehen ist. Es kann aber auch in Fällen, wo die anderweitige Staatsangehörigkeit schon länger erworben wurde, noch der Versuch der Rückzahlung gemacht werden. Kosten entstehen dadurch nicht, es kann sich im höchsten Falle um das Briefporto handeln.

Bayerische Staatsangehörige, die sich verehelichen wollen, werden gut tun, sich gegebenen Falles an eines der bayerischen Arbeiter-Sekretariate zu wenden, die diesbezügliche Auskünfte erteilen und auch alle notwendigen Schriftsätze anfertigen.

Die Invalidenversicherung im Jahre 1907.

Dem Reichstage sind zugegangen die Nachweise über die 31 Invalidenversicherungsanstalten und 10 zugelassenen Kasseneinrichtungen, die im Jahre 1907 auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes bestanden. Unter letzteren befindet sich auch die am 1. Januar 1907 ins Leben getretene Invalden-, Witwen- und Waisenversicherungskasse der Seeberufsgenossenschaft. Diese 41 Versicherungsträger besaßen am Jahresschlusse insgesamt 309 Vorstandsmitglieder, 44 Hilfsarbeiter der Vorstände, 616 Ausschußmitglieder, 396 Kontrollbeamte, 3 Rentenstellen, 124 Schiedsgerichte, 2498 besondere Markenverkaufsstellen und etwa 7400 mit der Einziehung der Beiträge beauftragte Stellen.

An Wochenbeiträgen wurden bei den 31 Invalidenversicherungsanstalten rund 656 Millionen Stück verwendet, die einen Erlös von 163 457 590 Mk. ergaben. Hiervon entfielen auf polnische Arbeiter russischer oder österreichischer Staatsangehörigkeit rund 6,1 Millionen Beiträge im Werte von 520 375 Mk. Bei den Kasseneinrichtungen betrug die Einnahme aus Beiträgen 15 185 586 Mk.

Bei der Abrechnung für das Jahr 1907 wurden 134 490 Renten als im Jahre 1907 zugegangen behandelt, nämlich 112 184 Invalidenrenten, 11 537 Krankenrenten und 10 769 Altersrenten im durchschnittlichen Jahresbetrage von 166,04, 166,24 und 161,64 Mk.

Beitragserstattungen wurden im Jahre 1907 festgesetzt bei 152 478 Heiratsfällen, 616 Unfällen und 35 463 Todesfällen, wobei sich der durchschnittliche Betrag auf 38,44, 82,76 und 85,44 stellte.

Auf diese reichsgesetzlichen Entschädigungen wurden zu Lasten der 41 Versicherungsträger, also ohne Anteil des Reichs, im Rechnungsjahre 1907 106 827 544 Mk. gezahlt und zwar an Renten 97 972 908 Mk., an Beitragserstattungen 8 854 636 Mk. Die hinzutretende Leistung des Reiches belief sich auf 49 620 664 Mk.

Für das Heilverfahren wurden 15 186 286 Mk. aufgewendet; hierbei sind die von Krankenkassen, von Trägern der Unfallversicherung und von anderer Seite gezahlten Kostenzuschüsse in Höhe von 3 850 362 Mk. bereits in Abzug gebracht. Der obige Betrag umfaßt u. a. die Unterstützung an Angehörige der in Heilbehandlung genommenen Versicherten in Höhe von 1 271 466 Mk. Darüber hinaus wurden aber auf Grund des § 45 des Gesetzes noch weitere 812 836 Mk. gewährt.

Die gesamten Ausgaben für Invalidenhauspflege beliefen sich auf 653 937 Mk. Hiervon wurden durch Einbehaltung der Renten der Pfleglinge 177 250 Mk. erstattet, und durch Zuschüsse von anderer Seite 32 703 Mk. ersetzt, sodaß den Versicherungsträgern aus der Anwendung des § 25 des Invalidenversicherungsgesetzes eine Reinausgabe von 443 983 Mk. erwuchs.

An Verwaltungskosten überhaupt wurden 16 900 600 Mark ausgegeben, was auf 1000 Mk. der Einnahme aus Beiträgen eine Ausgabe von 98 Mk., auf 1000 Mk. der gesamten Ausgaben eine solche von 120 Mk. bedeutet.

Insgesamt haben sich im Jahre 1907 die Einnahmen auf 226 171 349 Mk., die Ausgaben auf 140 629 331 Mark beziffert, sodaß sich ein Vermögenszuwachs von 85 542 018 Mk. ergibt.

Am Schlusse des Jahres 1907 belief sich das Vermögen der Versicherungsanstalten und der für die reichsgesetzliche Versicherung bestimmte Teil des Vermögens der Kasseneinrichtungen auf 1 404 067 649 Mk., wozu noch der Buchwert der Inventarien mit 5 746 087 Mk. tritt.

Soziales und Parteileben.

Die Strafgelder auf der Zeche Radbod. Die Verwaltung der Zeche Radbod hat an die „Post" ein Schreiben gerichtet, in dem sie zugeben muß, daß den Hinterbliebenen der verunglückten Bergleute tatsächlich Strafgelder abgezogen worden sind. Die Verwaltung behauptet aber, daß diese Abrechnungen am Tage des Unglücks schon fertiggestellt waren, und daß die Strafen niedergeschlagen worden sind.

Der Unternehmerprofit muß geschont werden. Der oberpfälzische Gewerbeinspektor hat den lebensgefährlichen Abbau einer Kaolingrube wiederholt beanstandet. Die Unternehmer aber pfiffen auf die Anordnung des Beamten und ließen es beim alten. Schließlich wurden zwei Werkmeister mit je 30 Mk. Geldstrafe belegt. In der Gerichtsverhandlung in Amberg wurde vom Vertreter der Anklage konstatiert, daß das königliche Bezirksamt wegen seiner lässigen Haltung den rücksichtslosen Unternehmern gegenüber von oben herab einen Rüffel bekommen und daß sich das königliche Bezirksamt demgegenüber mit den Worten entschuldigt hat, es habe geglaubt, die Unternehmer etwas schonend behandeln zu müssen — trotzdem innerhalb kurzer Zeit infolge dieser „Schonung" acht Arbeiterleben vernichtet worden sind!

Eine Justizaktion zugunsten der Unternehmer. In Neugersdorf (Sachsen) wurde in der Geschäftsstelle des

Die weiße Nelke.

Kriminal-Roman von J. Kaulbach.

(35. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Zuletzt", sagte Elisabeth zu ihrem Vater, „vergaß er sich auch und sprach in seiner Erregung ziemlich laut; da hörte ich genau die Worte: ‚Du wirst es dir schon anders überlegen: Donna è mobile.' Gleich darauf kam die Dame aus der Nische hervor und ging an mir vorüber; es war die Schauspielerin Goladtka, die ich von der Bühne her kannte. Den Herrn sah ich nicht, er blieb noch sitzen, und gleich darauf kamen Bekannte zu mir, die mich in Beschlag nahmen. Als ich aber zuerst von der Ermordung der Schauspielerin hörte und von der ungerechten Anschuldigung Richards, da kam mir der Gedanke: sollte nicht jener Mann es getan haben? Er war leidenschaftlich und seiner Stimme nach kalt und grausam. Er könnte der Mörder sein!"

„Ein sehr vager Verdacht, liebes Kind," warf der Staatsanwalt ein.

„Darum habe ich auch kaum gewagt, nur andeutungsweise davon zu sprechen. In mir aber hat er im stillen immer fortgelebt, dieser Verdacht. Und als dann Thea Böhmer mit Glaubitz hier war, über den ich bereits allerlei merkwürdige Heimlichtuerei erfahren hatte, als er dieselben Worte damals gebrauchte: „Donna è mobile", da erkannte ich ihn zweifellos wieder an seiner kalten Stimme, und diese Erkenntnis überwältigte mich für einen Augenblick. Dir aber habe ich damals trotzdem noch nichts davon gesagt. Denn ich wußte wohl, daß mein Verdacht mehr eine Sache des Gefühls als des Verstandes war. Im stillen wollte ich Beweise sammeln, und um sie zu erhalten, wollte ich Glaubitz selbst umgarnen. Darum wählte ich ihn scheinbar als Rechtsbeistand, darum ging ich zu ihm, und darum, — weil er erkannte, daß ich Verdacht gegen ihn hegte, darum hat er versucht, mich aus aus der Welt zu schaffen."

„Elisabeth!"

„Seit du es mir gesagt hast, daß er der Mann der Schauspielerin gewesen ist, steht es bei mir unerschütterlich fest, daß er sie ermordet und mich überfallen hat."

„Und die Erscheinung des Mannes, — der Vollbart, den du doch selbst erkannt hast?"

„Es kann ja doch ein gedungener Mörder gewesen sein, — vielleicht auch eine Verkleidung, — was weiß ich?"

„Er hätte dabei entdeckt werden können. Die Tat wäre unklug und schlecht berechnet gewesen."

„Hast du mir nicht selbst oft gesagt, Vater, daß Verbrecher, die sich verfolgt sehen, häufig den Kopf verlieren und gerade das tun, was sie verderben muß? Und ein Mann, wie Glaubitz, der vor keinem Betrug, vor keiner Lüge zurückscheut, — aus Gott weiß welchen Ursachen, — der ist auch fähig, aus Furcht vor Entdeckung eines Verbrechens sich eines neuen Verbrechens schuldig zu machen."

Der Staatsanwalt schwieg ganz still. Sein edles Gesicht sah zu Boden. „Dennoch," gab er zur Antwort, „dennoch liegt kein sicherer Beweis für die Schuld des Rechtsanwalts an dem Überfall auf dich und an dem Tode der Schauspielerin vor. Daß er heimlich mit ihr verheiratet war, — das ist vor Gericht noch kein Grund, ihn des Mordes zu verdächtigen."

„Und seine falschen Angaben? Mir gegenüber, — dem Gericht gegenüber? Weshalb leugnete er, sie überhaupt zu kennen?"

„Lauter Verdachtsgründe", sagte der Staatsanwalt, „aber keine Beweise."

„Du magst recht haben, Vater", sagte Elisabeth langsam. „Das alles mag noch keinen bündigen Beweis liefern. Aber ein Mittel gibt es doch noch, den Mörder zu überführen."

„Welches meinst du?"

„Bei der Leiche ist die seltene weiße Nelke gefunden worden, und ein Zeuge, an dessen Glaubwürdigkeit auch du jetzt wohl nicht mehr zweifeln wirst, hat ausgesagt, daß der Mörder diese Blume getragen hat. Können wir Glaubitz überführen, daß er an dem fraglichen Abend im Besitze einer solchen Blüte gewesen ist, dann haben wir gewonnen."

„Die Aufgabe wird wohl kaum zu lösen sein; ob er überhaupt Blumen zu tragen pflegte, kann ich erfahren, aber ob eine solche Nelke? In ganz Berlin ist kein zweites Exemplar aufzutreiben gewesen, ein völlig unberechenbarer Zufall allein könnte uns sagen, woher sie stammte."

„Oder aber das Schicksal, der gütige Himmel," sagte Elisabeth und blickte voll festen Gottvertrauens nach oben. „Vielleicht hat er dieser reinen Blume die Aufgabe zuerteilt, ein schreckliches Verbrechen aufzuklären."

Stumm, gerührt blickte Seydel sie an; er mochte wohl denken, daß sie selbst einer reinen Blüte gleiche, der solch furchtbare Aufgabe zugefallen sei. Ergriffen strich er ihr über das blonde Haar.

Beide saßen eine Zeit lang schweigend beisammen, während die Dämmrung langsam das trauliche Gemach mit ihren Schatten umhüllte.

* * *

Meta Henzen hatte, nachdem ihr Vater bestattet worden war, den Staatsanwalt Seydel um eine Unterredung gebeten. Der Entschluß, ihm ihres Vaters Schuldbekenntnis zu beichten, hatte sie namenlos schwere Selbstüberwindung gekostet, doch ihr Gewissen drängte sie ruhelos dazu, und sobald sie Seydels Aufforderung, zu kommen, erhielt, machte sie sich zur angegebenen Stunde auf den Weg nach dem wohlbekannten Hause in der Margarethenstraße.

Der Staatsanwalt empfing sie so gütig, wie noch nie. Ohne daß er ihr ein Wort über das Hinscheiden ihres Vaters sagte, empfand Meta aus der Art, wie er sie begrüßte, wie er ihr die Hand drückte und sie auf einen Stuhl führte, daß ein warmes Gefühl der Teilnahme für sie ihn bewegte. In der Tat rührte ihn das Leid des Mädchens tief; er wußte ja, was für eine traurige Veranlassung sie zu diesem Besuch getrieben hatte; er wußte, was sie ihm bekennen wollte! Das Herz war ihr so gepreßt, daß sie die Worte nicht fand, die sie ihm sagen mußte. Ihr Gesicht, das durch die schwarze Trauerkleidung ungewöhnlich weiß erschien, richtete sich mit einem Ausdruck des Jammers auf Seydel.

„O, Herr Staatsanwalt", stieß sie endlich hervor, „ich wollte, — es will mir nicht über die Lippen" —

Ein heftiges Schluchzen erschütterte ihre Brust.

Da stand Seydel auf, legte mit einem Ausdruck voll Güte seine Hand auf ihre Schulter und sagte: „Sie wollten sich mir vertrauen, mein liebes Kind, nicht wahr? Sie wollten mir eine traurige Geschichte aus dem Leben Ihres Vaters erzählen?"

Und als sie nicht antwortete, sondern nur leidenschaftlicher weinte, fuhr er fort: „Ihres Vaters Schuld, mein Kind, ist nun gebüßt. Beten Sie darum, daß der große Richter da droben ihm vergibt. Und Sie, Meta, ringen Sie sich nun mutig durch das Schicksal Ihrer Vergangenheit und beginnen Sie getrost ein neues Leben."

Textilarbeiterverbandes auf Beschluß des Landgerichts in Bautzen Haussuchung abgehalten und eine große Anzahl gedruckter Lohntarife der Neugersdorfer Textilindustriellen beschlagnahmt. Die Beschlagnahme erfolgte auf Antrag der Unternehmer, die behaupteten, durch die Drucklegung und Verbreitung der Lohntarife würden der Konkurrenz Fabrikgeheimnisse verraten. Das Verfahren stützt sich angeblich auf das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb. — Ein Trick, mit dem die Textilbarone keine Seide spinnen werden.

Solinger Streit. In der Beleidigungsklage Schlicke und Scherm wider Ern und Genossen hob das Oberlandesgericht Düsseldorf das Urteil der Elberfelder Strafkammer in vollem Umfange auf. Die Strafkammer hatte bekanntlich die Beklagten von der Anklage freigesprochen, durch Artikel im „Stahlarbeiter" den Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes und den Redakteur der „Metallarbeiterzeitung" beleidigt zu haben.

Die Hotelbesitzer gehen unter die Scharfmacher. Der diesjährige Kongreß des Internationalen Hotelbesitzerverbandes, Sitz Köln, tagte am 9. November in Rom. Die Beteiligung war eine sehr große, doch anscheinend mehr der erwarteten Vergnügen denn der Verhandlungen halber, die sage und schreibe drei Stunden in Anspruch nahmen. Die verschiedenen Veranstaltungen, Feste, Empfänge, bei denen es „standesgemäß" hoch herging, dauerten eine volle Woche. Bei einem an diesen Tagen stattgefundenen Fest-Diner von 1700 Hoteliers wurden vertilgt, wie eine römische Korrespondenz mitteilt: 380 kg Forellen, 280 kg Filetbraten, 480 kg Geflügel, 1700 Körbchen Erdbeeren, 8000 Flaschen Sekt, 4000 Flaschen Wein; dabei waren 700 Personen zur Bedienung notwendig. Die Öffentlichkeit erwartete von diesem Kongreß ein entscheidendes Wort in der leidigen Trinkgeldfrage. Seit Jahren schon hatte man mit der Organisation der Hoteldiener Unterhandlungen gepflogen zur Schaffung eines Tarifes, demzufolge die Hoteldiener berechtigt sein sollten, für bestimmte Dienstleistungen feste Gebühren von den Gästen zu verlangen. Der Tarif wurde endlich formuliert, nur wollten die Hotelbesitzer den Angestellten das Recht, die Gebühren, wenn der Gast sie nicht unaufgefordert und freiwillig gebe, zu fordern, nicht einräumen, und so war der „Hoteldienertarif" ein ständiger Zankapfel und die Ursache manchen Zwistes auch mit den Gästen, die verschiedentlich gegen Hoteldiener, die ihre „tarifliche Gebühr" verlangt hatten, Anzeige wegen Erpressung erstatteten. Eine ganze Reihe zum Teil sogar harter Bestrafungen von Hoteldienern war die Folge. Um nun den Anfang zur Beseitigung des unter den Angestellten wie Gästen gleichgehaßten Trinkgeldzwanges zu machen, hatte der Hoteldienerverband den Hoteliers in Form einer Petition die Forderung nach einem festen Minimallohn, der bei Jahresstellungen 40 Mk., bei Saisonstellen 60 Mk. pro Monat betragen sollte, unterbreitet, wohl eine recht bescheidene Forderung. Dann wollten die Hoteldiener sich verpflichten, jedes Animieren oder Auffordern zum Trinkgeldgeben zu unterlassen. Doch die Hoffnungen der Beteiligten wurden nicht erfüllt. Die Hoteliers lehnen jetzt jedes fernere Verhandeln mit der Organisation der Hoteldiener ab, weil „der Ton derselben zu herausfordernd sei". Auf Antrag des Hoteliers Marschner-Berlin, eifriger Stöckerianer, wurde sogar beschlossen, mit Rücksicht auf die schroffe Haltung des Hoteldienerverbandes, die ein ersprießliches Zusammenarbeiten unmöglich mache, nur an solchen Orten, wo keine sonstigen unentgeltlichen Arbeitsnachweise bestehen, von dem Bureau des genannten Verbandes Arbeitskräfte zu beziehen. Dieser Beschluß ist weiter nichts wie Unternehmerterrorismus, durch den die Hoteliers ihren Angestellten das Koalitionsrecht rauben, ihre Gewerkschaft vernichten möchten. Erwähnenswert ist hierbei auch, daß nach dem eigenen Bericht des Berliner Hoteliervereins dieser jährlich 3000 Mk. gegen die Bestrebungen des Hoteldienerverbandes verwendet. Das erklärt hinlänglich so manche Zersplitterungsversuche unter den gastgewerblichen Angestellten, deren Gewerkschaften allem Anschein nach harten Kämpfen entgegengehen, die sie sicherlich noch mehr zusammenbringen werden!

Die Sozialdemokraten sollen totprozessiert werden. Dahin geht bekanntlich die neueste „Taktik" der Reichsverhändler. Herr August Mertens in Altenburg, der sich Generalsekretär, bevollmächtigter Vertreter des „Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie" nennt, ein Mann, dessen Kampfesweise die Sozialdemokratie im Herzogtum Altenburg bei den jüngsten Gemeindewahlen eine Reihe glänzender Erfolge mit zu verdanken hat, darf den „Ruhm" in Anspruch nehmen, der klageeifrigste Agent des Liebertschen Verbandes zu sein. Seit Jahresfrist hat er nicht weniger als zehn Beleidigungsprozesse gegen die Parteipresse durchgeführt! Die Geschichte fing im Dezember v. J. mit dem „Zwickauer Volksbl." an. Es handelte sich um einen irrigen Versammlungsbericht, in welchem dem Mertens Denunziation vorgeworfen wurde. Diesen Versammlungsbericht druckten die „Chemnitzer Volksstimme" und die „Altenburger Volkszeitung" nach. Resultat: drei Berichtigungen des Mertens und drei Beleidigungsklagen. Kostenpunkt: Zwickau 150 Mk., Chemnitz 50 Mk. (die Altenburger Klage ist noch nicht erledigt). Zwischenhinein klagte der besoldete „Bekämpfer" der Sozialdemokratie gegen den Vertrauensmann der Partei in Eisenberg (S.-A.), der in einem bürgerlichen Blatte Eisenbergs die Arbeiter aufgefordert hatte, einer von Mertens einberufenen Versammlung fernzubleiben. Weil er dabei das Verhalten des Herrn Generalsekretärs etwas derb kennzeichnete, mußte er 75 Mk. an die herzoglich sächsisch-altenburgische Gerichtskasse zahlen. Aus dem gleichen Anlaß hängte Mertens dem „Zwickauer Volksblatt" um die gleiche Zeit eine neue Klage an. Resultat: 100 Mk. Geldstrafe. In Verfolg dieser selben Sache bekam der „Vorwärts" zwei Klagen, die „Altenburger Volkszeitung" eine Klage von Mertens, Resultat: je 100 Mk. Das „Saalfelder Volksblatt", das bei Besprechung einer Mertensschen unrichtigen Behauptung dem Herrn Generalsekretär auf die Hühneraugen getreten hatte, mußte dafür 150 Mark blechen. Eine Klage des Herrn bevollmächtigten Vertreters gegen die „Geraer Reußische Tribüne" wurde zwischenhinein im Vergleichswege aus der Welt geschafft. Summa Summarium: innerhalb 11 Monaten 10 — in Worten zehn — Beleidigungsklagen, angestrengt vom Herrn bevollmächtigten Vertreter, „Generalsekretär" und vom Reichsverband bezahlten „Bekämpfer" der Sozialdemokratie: August Mertens in Altenburg. Um das Dutzend Beleidigungsklagen bis zum Jahresschluß voll zu machen, hat der Herr „Generalsekretär" am letzten Montag der „Altenburger Volkszeitung" eine neue Klage zugestellt, weil sie in einem ganz allgemein gehaltenen Artikel vom „Reichslügenverband" gesprochen hat. Viel Glück werden die Herren auch mit ihrer neuesten Taktik nicht haben.

Otto Klinger. Wieder ist einer der alten Garde zur Ruhe gegangen, der sein ganzes Leben im Dienste der Arbeiterbewegung tätig war. In seiner frühesten Jugend trat Otto Klinger in die Reihen der kämpfenden Arbeiter ein; Ende der sechziger Jahre war er bereits Schriftführer im Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Seitdem hat er stets in den vordersten Reihen gestanden. Namentlich in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes hat er mit einem Eifer gearbeitet wie selten einer. Auch in der Gewerkschaftsbewegung hat er fleißig und ausdauernd gearbeitet. Er gehörte zu den Gründern der Gewerkschaftsorganisationen der Tischler, die in der Zeit des Sozialistengesetzes bestanden haben. Viele Jahre war er Vertrauensmann der Berliner Tischler. Später bekleidete er im Deutschen Holzarbeiterverbande das Amt des zweiten Bevollmächtigten. Ein schweres Lungenleiden zwang ihn, von diesem Posten zurückzutreten. Er war dann im Bureau als Bibliothekar tätig. Am Mittwoch nachmittag ist Otto Klinger im Alter von 58 Jahren seinem Leiden erlegen.

Eingestelltes Verfahren. Auf Antrag des preußischen Kriegsministers hatte die Görlitzer Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur unseres dortigen Parteiblattes, Grötzsch, das Verfahren eingeleitet, weil in einem Zeitungsartikel über Militärmißhandlungen von Gardeflegeln die Rede war. Jetzt, nach einem halben Jahre, ist das Verfahren eingestellt worden.

Deutscher Reichstag.

„Originalbericht des „Lübecker Volksbote".

Berlin, den 7. Dezbr. 1908.

178. Sitzung. Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Bülow, v. Bethmann-Hollweg, Sydow usw.

Nach fast debatteloser Genehmigung der Übereinkommen zwischen dem Deutschen Reich, Österreich und Ungarn über Gewerbeschutz in erster und zweiter Lesung wird in der ersten Etatsberatung fortgefahren.

Graf Kanitz (K.): Im Etat war sehr wenig von der allseitig geforderten Sparsamkeit zu spüren. Unsere Marine hat sich in zwanzig Jahren verachtfacht. Ich kann mich der Besorgnis nicht erwehren, daß es über die Kräfte unseres Volkes hinausgeht, neben dem größten Landheer die zweitgrößte Flotte zu halten. — Redner verlangt im Hinblick auf die Wichtigkeit der Luftschiffe die Geheimhaltung der Konstruktionen und wendet sich unter Berufung auf Schippel und Calwer gegen den Ausdruck Brotwucher, verlangt Maßnahmen gegen die Syndikate, wünscht erhöhte Einnahmen beim Postetat, geht dann zur Betrachtung der auswärtigen Politik über. Die Annexion Bosniens schaffe eigentlich keinen neuen Zustand. In bezug auf Marokko warten wir das Ergebnis des Schiedsgerichts ab. Auswärtigen Schwierigkeiten gegenüber sollte aller Zwist im Innern beiseite stehen, Volk und Regierung einig sein. Dieses Vertrauen ist unsere Stärke. (Bravo!)

Dr. Wiemer (FVp.): Es ist nicht zu bestreiten, daß unsere agrarisch-schutzzöllnerische Wirtschaftspolitik sehr ungünstig auf den Etat wirkt. Bei der allgemeinen Preissteigerung ist die Erhöhung der Beamtengehälter dringend notwendig. Sparsamkeit soll das Leitmotiv der Budgetkommission sein, im Militäretat wird hierfür vor allem der Pensionsetat in Betracht kommen. (Sehr richtig! links.) Notwendig wäre ein Beirat für Lieferungen, damit keine Monopole geschaffen werden. (Sehr richtig! links). Das Militärkabinett darf kein Organ des persönlichen Regiments sein, wir wünschen seine Eingliederung in den allgemeinen behördlichen Organismus. Einer Änderung des Flottengesetzes möchte ich jetzt nicht das Wort reden, sie aber auch nicht so schroff abweisen, wie Herr Bassermann. Die Invasionsbefürchtungen des Lord Roberts sind einfach absurd. (Lebh. Zust.) Mögen die Mißverständnisse zwischen England und Deutschland verschwinden! Redner begrüßt das günstige Bild des Kolonialetats. In bezug auf die Diamantenfunde scheint der Herr Kolonialdirektor (Heiterkeit u. Zuruf b. den Sozialdemokr.: Sie haben ja selbst für das koloniale Staatssekretariat gestimmt!) pardon, der Herr Staatssekretär, etwas optimistisch geurteilt zu haben. Das Bild des Postetats ist ungünstiger als sonst. Beim Etat des Reichsamts des Innern werden Auseinandersetzungen über die Handhabung des Vereinsgesetzes nicht zu vermeiden sein. Es sind Verstöße gegen Sinn und Buchstabe des Gesetzes vielfach vorgekommen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Im Einverständnis mit Herrn Gothein, der hier gegen den Staatssekretär des Innern den Vorwurf erhoben hat, den Reichstag und speziell die freisinnige Partei über die Bedeutung des Sprachenparagraphen getäuscht zu haben, sowie im Einverständnis mit der freisinnigen Fraktionsgemeinschaft erkläre ich: Herr Gothein kannte die Vorgeschichte des Sprachenparagraphen nicht genau. (Lachen b. d. Soz. d. Polen u. Zentr.) Er war damals krank. Wir waren uns klar darüber, daß im Ruhrgebiet der Gebrauch der polnischen Sprache in öffentlichen Versammlungen untersagt werden würde, (Hört! hört! b. d. Polen und Soz.) weil es sich dabei auch um politische Bestrebungen handelt. Auf gewerkschaftliche Bestrebungen wollen wir den Paragraphen nicht angewendet sehen und werden uns darüber mit dem Staatssekretär noch beim Etat unterhalten. Wir sind überzeugt, zu einer Verständigung zu gelangen. (Lautes Lachen b. d. Soz. und im Zentrum. Rufe: Na also!) Ueber die Lehrermaßregelung usw. werden wir im preußischen Abgeordnetenhaus Beschwerde führen. (Gr. Heiterkeit b. d. Soz.) Zur auswärtigen Politik übergehend, rühmt Redner begangene Ungeschicklichkeiten und wünscht im Anschluß an das Casablanca-Schiedsgericht das Zustandekommen eines ständigen Schiedsgerichtsvertrages mit Frankreich. Bei den Vorgängen auf dem Balkan ist unser Platz an der Seite unseres Verbündeten in guten und erst recht in schweren Tagen. Die Vorgänge in Prag sind bedauerlich, aber Oesterreich kann verlangen, daß wir uns in seine inneren Verhältnisse nicht einmischen. Alles in allem, die politische Lage ist nicht glänzend. Enmütigkeit ist notwendig, sie kann zustande gebracht werden durch eine volkstümliche Reformpolitik. (Lebh. Bravo! b. d. Freis.)

Reichskanzler Fürst Bülow führt, gegen den Abg. Scheidemann polemisierend, aus, die Führer der jung-türkischen Bewegung seien keine Schnorrer und Verschwörer gewesen, sondern meist tüchtige Offiziere, die ihre Ausbildung im deutschen Heere erhalten und eine aufrichtige Anhänglichkeit an Deutschland bewahrt haben. Im Auslande ist bei dieser Gelegenheit die unwahre Behauptung verbreitet worden, wir wären Gegner dieser Bewegung wegen unserer guten Beziehungen zum alten Regiment. Das ist eine völlige Verkennung des ABC aller Politik. In die Verfassungsverhältnisse anderer Länder haben wir uns nicht einzumischen. Durch die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel sind der Diplomatie neue schwierige Aufgaben gestellt. Für uns sind zwei Dinge klar: erstens haben wir, obwohl unsere Interessen erheblicher geworden sind, anderen Mächten die Vorhand zu lassen; zweitens war unsere Treue zu dem verbündeten Österreich-Ungarn keinen Augenblick zweifelhaft. Von der Absicht der Annexion sind wir ungefähr gleichzeitig mit Italien und Rußland benachrichtigt worden. Über den Zeitpunkt war uns vorher nichts Näheres bekannt. (Hört, hört!) Ich nehme das dem Wiener Kabinett nicht übel, bin ihm sogar dankbar dafür. Gegenüber dem Abg. Speck betone ich, daß wir die Interessen Österreichs nach Möglichkeit unterstützt haben und nicht gezögert haben, unseren Platz an seiner Seite einzunehmen. In der Konferenzfrage dürfen wir uns

---

„Aber der Fluch, — die Schande liegt auf meinem Namen; o, Herr Staatsanwalt, nie, niemals werde ich den Menschen wieder mit freien Blicken begegnen können!" rief sie unter rinnenden Tränen.

„Den Menschen?" gab Seydel mit wehmütigem Kopfschütteln zurück, — „was liegt an ihnen? Was kümmert Sie das flüchtige Geschwätz der Menge, wenn Ihr Gewissen frei ist? Kommen Sie zu Elisabeth —"

„Elisabeth", sagte sie angstvoll, — „sie wird mich nicht sehen wollen, jetzt, da sie alles weiß, da sie weiß, daß mein Vater es war, — der, — der — —"

„Meine Tochter wird Ihnen die nächste Zukunft tragen helfen", entschied der Staatsanwalt. „Ich werde ihr Ihren Besuch ankündigen."

„Noch einen Augenblick", bat Meta, als der Staatsanwalt sich erhob; „ich möchte Ihnen noch etwas sagen, was ich Fräulein Elisabeth schon früher versichert habe, und zwar im Bruns'schen Hause, so könnten Sie glauben, ich hätte manches von den Personen gewußt, die in diese schrecklichen Begebenheiten verwickelt sind, und hätte es Ihnen verschwiegen. Das ist aber nicht der Fall. Außer dem Kommerzienrat Bruns habe ich niemanden gekannt. Wir sind 1887 nach Leipzig gezogen, und schon vier Jahre vorher hatte Richard Bruns das väterliche Haus verlassen. Von der schönen Marla Normann habe ich wohl gehört, aber sie damals nie gesehen."

Seydel versicherte ihr freundlich, daß er ihr vollen Glauben schenkte. Als er dann das Zimmer verlassen wollte, um sich zu seiner Tochter zu begeben, wurde Fluth ihm gemeldet.

„Eine Minute, Herr Fluth," rief Seydel dem Detektiv auf dem Vorplatz entgegen; „bitte, gehen Sie in mein Zimmer; ich bin sofort bei Ihnen."

Während Seydel bei seiner Tochter war, um ihr Metas Besuch zu melden, begrüßte der Detektiv das Mädchen mit großer Wärme. Meta wagte kaum, die Augen zu ihm aufzuschlagen. Nur dem stets mit einem Anflug von Humor gewürzten Gespräch Fluths gelang es, ihr über die Verlegenheit hinwegzuhelfen, die sie ergriffen hatte bei seinem unerwarteten Eintritt. Der Detektiv, dessen Gemütsleite vielleicht infolge seines verstandesmäßigen Berufes meistens unberührt geblieben war, fühlte beim Anblick des trauernden Mädchens ein befremdliches inneres Erbeben, das er vergebens hinwegzuscherzen versuchte. Er fand die rechten Worte nicht, seiner weichen Regung Ausdruck zu geben; und innerlich verdroß ihn seine Unbeholfenheit in dieser Beziehung. So fand der eintretende Staatsanwalt ihn über lauter gleichgültige Dinge redend, die mit seiner Stimmung im völligen Widerspruche standen.

Meta fühlte sich erleichtert, als Seydel ihr ankündigte, daß Elisabeth sie erwarte.

Mit einem gedankenvollen Blick sah Fluth ihr nach, als sie in der Tür verschwunden war.

„Sollte dies Forschen in der Vergangenheit dir auch für die Zukunft einmal verhängnisvoll werden?" fragte er sich.

Er fuhr beinahe zusammen, als der Staatsanwalt ihn anredete mit der Frage: „Nun, Herr Fluth, was bringen Sie?"

Fluth rückte seinen Klemmer zurecht, setzte sich seufzend nieder und erwiderte: „Ja, Herr Staatsanwalt, das ist eine ganz verrückte Geschichte! Ich bringe leider die Bestätigung, daß der Mensch irrt, so lang er strebt! Nach den Erkundigungen, die ich eingezogen habe, waren wir doch möglicherweise auf falscher Fährte, indem wir Glaubitz verdächtigten."

Seydel sah ihn erwartungsvoll an.

„Sie hatten recht mit Ihrer Ansicht, Herr Staatsanwalt: die Tatsache, daß Glaubitz der Gatte der Schauspielerin war, ist noch lange kein Beweis dafür, daß er sie ermordet hat. Ich habe mich noch einmal bei der früheren Wirtin Fräulein Goladtkas nach den Persönlichkeiten erkundigt, die bei ihr häufiger aus- und eingegangen sind. Zu meiner Überraschung und, — ehrlich gestanden, — zu meiner Enttäuschung, redete die alte Frau nur von einem Herrn, der mitunter in der Wohnung gewesen sei, dessen Personalbeschreibung aber keineswegs auf Glaubitz paßt; dieser Herr soll einen ziemlich großen Vollbart getragen haben, versichert sie, während Glaubitz doch überhaupt keinen Bart trägt. Das stimmt aber wiederum zu der von Markworth gegebenen Personalbeschreibung des Mörders."

„Ich halte es nicht für unmöglich, daß es sich um eine Verkleidung handelt."

„Vielleicht; aber auch die Handschrift des Briefes an Ihr Fräulein Tochter stimmt nicht mit der von Glaubitz überein, dagegen ist es dieselbe, wie auf dem zerrissenen Heiratsversprechen für die Schauspielerin."

„Das ist ja höchst interessant," sagte der Staatsanwalt.

„Allerdings, aber es vermehrt nur die Schwierigkeiten. Und noch eine dritte Enttäuschung habe ich zu melden," fuhr Fluth fort: „Ich habe mich bei verschiedenen Personen erkundigt, ob Glaubitz Blumen zu tragen gewohnt sei — niemand hat ihn mit einer solchen gesehen. Auch meinen alle, daß ein solcher Schmuck zu seiner finsteren Persönlichkeit nicht paßt."

„Ihre Nachrichten helfen uns freilich nicht vorwärts", meinte Seydel seufzend. „Wir müssen von neuem suchen und forschen."

Die Herren berieten sich noch eine lange Weile über das, was weiter in dieser Angelegenheit zu tun sein könnte.

„Die Schwurgerichtsverhandlung steht bevor," sagte der Staatsanwalt besorgt, „und wir haben wenig Nennenswertes erreicht."

Elisabeth trat ein und unterbrach die Beratschlagungen der beiden Herren. Sie war nun vollkommen hergestellt, aber ihre Erscheinung war von einer Zartheit, die mit der Kraft ihres Charakters in vollkommenem Widerspruche stand.

„Meta ist eben fortgegangen," sagte sie; „das arme Mädchen war so fassungslos, als sie zu mir kam!"

Fluth erzählte ihr das Resultat seiner Nachforschungen. „Wir sind ziemlich verdutzt," schloß er; „nach so vielen Bemühungen, den richtigen Kerl ausfindig zu machen, stehen wir wieder auf demselben Fleck. Ich bin bald zu Ende mit meiner Weisheit."

Elisabeth blieb einen Augenblick sinnend stehen, aber mit der Frische und Energie, die seit ihrer Genesung sich wieder in ihr regten, widerstand sie dem niederdrückenden Einfluß der eben gehörten Eröffnungen. Ein feines Lächeln spielte sogar um ihren Mund, als sie nun sprach: „Mich macht alles nicht irre. Mein Gefühl sagt mir, daß wir auf der richtigen Fährte sind, daran halte ich fest. Und vielleicht gelingt es mir noch, den klugen Herren, die mit ihrer Juristenweisheit zu Ende sind, den Beweis zu liefern, den sie vergeblich suchen."

Ihr Vater nickte ihr freundlich zu; Fluth aber schüttelte mißmutig den Kopf. Zum erstenmal, seitdem der Detektiv für die Sache Claasens arbeitete, verließ er voll Unzufriedenheit und Niedergeschlagenheit das Haus des Staatsanwaltes. Sollte er diesmal wirklich eine Niederlage erleiden? —

(Fortsetzung folgt.)

nicht von Österreich trennen. Herr von Iswolski und ich begegneten uns übrigens in der Überzeugung, daß auch die alte traditionelle Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland erhalten bleiben muß. (Lebh. Beifall rechts.) Herr von Iswolski versicherte glaubhaft, daß keinerlei russisch-englische Abmachung besteht, die sich gegen die deutschen Interessen richtet. Italiens Interesse ist es, mit Deutschland und Österreich verbündet zu sein. Der Dreibund hat ganz Europa eine Periode des Friedens und des Wohlstandes gebracht, worauf Giolitti soeben wieder hingewiesen hat. In Marokko ist bei dem allseitigen guten Willen die Verständigung zu erhoffen. Bei Besprechung der Casablanca-Affäre hat Herr Abg. Scheidemann unsere Konsulats-Behörden tadeln zu müssen geglaubt und sich auf den Standpunkt der militaristischen französischen Organe gestellt. (Lachen b. d. Soz.) Wenn es sich darum handelt, der eigenen Regierung Schwierigkeiten zu machen, überkommt Herrn Scheidemann ein militärischer Geist, von dem ich wünsche, er möge ihm auch bei der Beratung des Militäretats treu bleiben. (Heiterkeit rechts, Lachen b. d. Soz.) Solange wir französische Eingriffe in unsere Konsulargewalt annehmen mußten, mußten wir an der Forderung festhalten, daß der Ausdruck des Bedauerns von französischer Seite der Schiedsgerichtseinsetzung vorhergehe. Ein eingehender französischer Bericht ließ dann die Tatfragen als strittig erkennen, sodaß wir auf unserem Verlangen billigerweise nicht mehr bestehen konnten. Die nunmehrige Erledigung dürfte die friedlichen Elemente beider Länder zufrieden stellen. Man soll die sogenannte Prestige-Politik nicht überschätzen. Starke Länder können darauf verzichten, sowie es Frauen gibt, die keine Schminke brauchen. Das Fundament der deutschen Machtstellung wollen wir zu erhalten suchen und die Zukunft des deutschen Volkes wahren, von Eitelkeit und Flitter uns fern halten. Das japanisch-amerikanische Abkommen betrachten wir mit Sympathie. Wir werden dadurch in keiner Weise ausgeschaltet, besitzen vielmehr selbst ein ähnliches Abkommen mit Japan, welches nämlich dem deutsch-englischen Abkommen von 1900 durch ausdrücklichen Notenaustausch beitrat. Daß England in neuerer Zeit sich sehr freundlich zur Türkei stellt, freut uns und kann den deutsch-englischen Beziehungen nur zugute kommen. Ich schließe mich dem an, was der englische Premier von dem Geist gegenseitigen Wohlwollens im Verkehr zwischen Deutschland und England gesagt hat. Unsere Politik ist einfach und klar. Wir wahren unsere Interessen, stehen unseren Verbündeten und Freunden zur Seite und unterstützen in Übereinstimmung mit diesem hohen Hause alle auf Erhaltung und Förderung des Friedens gerichteten Bestrebungen. (Beifall rechts.)

Gamp (Rpt.): Dem Reichsschatzsekretär stimme ich zu, daß das Reich neue Aufgaben nur auf sich nehmen darf, wenn die Deckungsmittel für die entsprechenden Ausgaben vorhanden sind, und daß neue Beamte nur bewilligt werden sollen, wenn ein Notstand nachgewiesen ist. Beim Pensionsfond wird nicht erheblich gespart werden können, denn die Verjüngung der Armee ist notwendig. Man sollte sich aber eine bessere Zivilversorgung der Offiziere angelegen sein lassen. Der Luxus in der Armee wird illustriert durch ein Genesungsheim für Offiziere in Wiesbaden, das für 4½ bis 5 Millionen errichtet worden ist, und dessen Unterhaltungskosten jetzt auf den Etat übernommen werden sollen. Für die von Herrn Speck gewünschte Verlangsamung des Flottenbaues bin ich nicht. Dagegen hat Herr Wiemer völlig recht, aber er faßt das Flottengesetz nicht richtig auf. (Schallende Heiterkeit.) Das Flottengesetz verhindert nicht, daß technische Verbesserungen und Erfindungen bei den im Bau befindlichen Schiffen zur Anwendung kommen. Unsere Marine ist ihren Aufgaben völlig gewachsen. Wenn aber Lord Roberts meint, wir könnten 200000 Mann in England landen, so meint er doch wohl auch, die englische Flotte könne leicht 300000 bis 400000 nach Deutschland schaffen, und befürwortet wohl aus diesem Grunde die Vermehrung der englischen Landmacht. Die Verminderung der Schutztruppe in Südwest erfreut uns, denn auch wir zahlen nicht gerne Steuern. (Htkt.) Ehe Deckung da ist, lassen wir uns auf die Witwen- und Waisenversicherung nicht ein. Den Etat der Eisenbahnverwaltung wird die Kommission sehr genau prüfen müssen. Die Beschwerden der Postbeamten haben eine Form angenommen, die entschiedene Mißbilligung verdient. Die Postverwaltung muß kaufmännischer geführt werden, als bisher. Die Post müßte 100 Millionen mehr bringen, dann brauchten wir keine Erbschafts- und keine Elektrizitätssteuer. Redner verbreitet sich des weiteren über die Möglichkeiten, bei der Post zu sparen. Auch bei der Eisenbahn kann gespart werden. Die Eisenbahnwagen sind häufig zu reich ausgestattet und fahren oft leer. Wir unterstützen den Schatzsekretär bei seinen Sparsamkeitsbestrebungen im Kampfe gegen den Ressortfanatismus sehr gerne. (Bravo! rechts.)

Lattmann (WVgg.): Die Erklärungen des Reichskanzlers begrüßen wir mit Freuden. Herr Scheidemann erklärt, seine Partei habe zum Fürsten Bülow kein Vertrauen, aber diese Partei hat noch zu keinem Reichskanzler Vertrauen gehabt; sie wird nur durch beständige Verneinung zusammengehalten. (Lachen b. d. Soz.) Die vorgelegte Besoldungsordnung entspricht nach allgemeinem Urteil nicht in allen Teilen den berechtigten Wünschen.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 1 Uhr. Tagesordnung: 3. Beratung des Übereinkommens mit Österreich-Ungarn betreffend den gewerblichen Rechtsschutz. 3. Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung. Fortsetzung der Etatsberatung.

Schluß 6 Uhr.

Versammlung der Bürgerschaft.

P. L. Lübeck, 7. Dezember 1908.

Der Wortführer Dr. Görtz eröffnet die Sitzung um 6,20 Uhr mit der Mitteilung, daß von Stelling ein Antrag eingegangen ist, nach welchem die Bürgerschaft den Senat ersucht, im Bundesrat gegen die Einführung der Gas- und Elektrizitätssteuer zu wirken.

Die Wahl von Mitgliedern zum Bürgerausschuß hatte folgendes Resultat: gewählt wurden Hahn, Cuwie, J. H. F. Evers, Mühsam, Steffen, H. Eschenburg, Lau, Dr. med. Meyer, Schwabroch, Stender, Boie, Dr. med. Eschenburg. Genosse P. Pape erhielt 28 Stimmen.

A. Pape kritisiert scharf die Art, wie die Wahl der Bürgerausschußmitglieder vorgenommen wird und bezeichnet das Verfahren, den Bürgerschaftsmitgliedern gedruckte Wahlvorschläge ins Haus zu senden, als Mache.

Der Wortführer Dr. Görtz weist diesen Ausdruck zurück.

Der erste Senatsantrag betrifft die Einsetzung einer gemeinsamen Kommission von Senat und Bürgerschaft zur Prüfung der verschiedenen Steuervorlagen.

Stelling: Die Kommission des Bürgerausschusses, welche die Gewerbesteuervorlage vorzuprüfen hatte, hat ihren Bericht erstattet und ist leider nicht grundsätzlich zur Ablehnung der Gewerbesteuer gekommen; sie spricht sich für die Filial- und Konsumvereinssteuer aus. Wir hätten gewünscht, daß die ganze Vorlage abgelehnt wäre. Uns ist ein Zuschlag zur Einkommensteuer immer noch annehmbarer als die Gewerbesteuer. Wir können dem Senatsantrag auf Einsetzung einer gemeinsamen Kommission schon deshalb nicht zustimmen, weil dieselbe nicht von der Bürgerschaft gewählt wird, sondern die Mitglieder derselben vom Bürgerausschuß ernannt werden. Die Bürgerschaft braucht aber keinen Vormund. Zu rügen ist, daß der gemeinsamen Kommission nicht auch die Frage der Vermögenssteuer, die in der Bürgerschaft schon wiederholt angeregt wurde, überwiesen worden ist.

Senator Dr. Fehling: Die Kommission kann selbstverständlich auch andere Steuerprojekte in den Kreis ihrer Erörterungen ziehen. Redner bespricht sodann die Struktur der gemeinsamen Kommissionen, die er für sehr glücklich hält.

Mühsam meint, daß sämtliche bisher ernannten gemeinsamen Kommissionen noch bestehen, da sie nicht aufgelöst sind. Man hätte also die Vorlage einfach an die gemeinsamen Kommissionen von 1903 verweisen können.

Senator Dr. Fehling: Die gemeinsamen Kommissionen existieren von dem Zeitpunkt nicht mehr, wo sie ihre Aufgabe erfüllt haben. Es wäre verkehrt, wenn die neuen Steuervorlagen an die Kommission von 1903 verwiesen würden, deren sämtliche Mitglieder vielleicht gar nicht mehr vorhanden sind.

Prof. Baethcke wünscht eine Beschleunigung der Beratung der Wertzuwachssteuer, die man deshalb besser der gemeinsamen Kommission nicht überweisen möchte.

Senator Dr. Eschenburg: Auch wir wünschen eine baldige Einführung der Wertzuwachssteuer. Die gemeinsame Kommission kann jedoch auch einzelne der Vorlagen früher wie andere erledigen und deshalb ist es unbedenklich, wenn sie auch die Wertzuwachssteuer prüft.

Stelling bezeichnet noch einmal die Ernennung einer gemeinsamen Kommission durch den Bürgerausschuß als veraltet. Gegen die Beratung der Vorlage durch eine aus Mitgliedern der Bürgerschaft bestehende Kommission sind wir nicht.

Senator Dr. Fehling wendet sich gegen die Ausführungen Stellings.

Nach weiterer unwesentlicher Debatte wird der Senatsantrag angenommen.

Zur Beratung steht nunmehr der Antrag des Senates auf Erhöhung der Besoldung der Hilfslehrer.

Hauptlehrer Cleemann beantragt, dem Absatz II des Antrages hinzuzufügen: Die im Laufe des Rechnungsjahres 1908 in feste Lehrerstellen eingerückten Elementarlehrer erhalten für den Teil des Jahres, den sie als Hilfslehrer wirkten, den entsprechenden Teil der Summe, um welche das Hilfslehrergehalt erhöht ist, nachbezahlt.

Der Senatsantrag wird mit dem Antrag Cleemann angenommen.

Der nächste Senatsantrag betrifft die Gewährung einer Beihilfe zur Unterhaltung der Schule des Waisenhauses.

Buchwald wünscht, daß Private das Waisenhaus in Zukunft mehr mit Schenkungen bedenken möchten.

Der Senatsantrag wird angenommen.

Nunmehr liegt ein Senatsantrag vor, betr. Errichtung einer siebenten Gerichtsvollzieherstelle.

Thiele ersucht darum, daß bei Anstellung des siebenten Gerichtsvollziehers in erster Linie Leute berücksichtigt werden, die schon beim Gericht tätig waren.

Der Senatsantrag wird genehmigt.

Der nächste Senatsantrag betrifft den Erlaß eines fünften Nachtrages zum lübeckischen Gerichtskostengesetze.

v. Schack meint, daß der Senatsantrag auf eine Verteuerung der Aktionen beim Grundstücksverkauf hinauslaufe. Allerdings wird die Staatskasse kaum Vorteil davon haben, denn die meisten Grundstücksbesitzer werden lieber zum Notar gehen, weil ihnen das bequemer ist.

v. Brocken: Vor allen Dingen muß in der Sache Klarheit geschaffen werden. Die Gebühren halte auch ich für zu hoch. Das wird später noch zu prüfen sein.

Dahms wünscht eine Prüfung der ganzen Gebührenerhebung und beantragt zu diesem Zwecke, den Senatsantrag an eine Kommission zu verweisen.

v. Brocken ist gegen Kommissionsberatung.

Thiele tritt für Kommissionsberatung ein.

Landrichter Dr. Meyer: Der Auftrag dieser Kommission kann unmöglich sein, die ganze Frage der Gebührenerhebung zu erörtern. Redner ist für den Senatsantrag.

Stender hält die Gelegenheit zur Prüfung der Gebühren für sehr günstig. Redner ist gegen die Ermäßigung der Gebühren für Schiffe, denn diese haben von unseren kostspieligen Einrichtungen den Vorteil gehabt. Im übrigen ist Redner für Kommissionsberatung.

Senator Dr. Fehling: Durch die Vorlage solle eine Gleichheit beider Teile, Gericht und Notare, herbeigeführt werden. Ob der gegenwärtige Zeitpunkt für eine allgemeine Gebührenherabsetzung geeignet ist, muß bezweifelt werden.

An der weiteren Debatte beteiligen sich Lauenstein, Senator Dr. Fehling, Dr. Benda, Thiele, Dahms, der seinen Antrag auf Kommissionsberatung zurückzieht, Baethcke, Landrichter Dr. Meyer.

Der Senatsantrag wird angenommen; ein Antrag Dahms, nach welchem die Bürgerschaft den Senat um eine Revision der Gerichtsgebühren ersucht, abgelehnt.

Der nächste Senatsantrag betr. Nachbewilligung von 69875,81 Mark an die Baudeputation zum Abschluß der Abrechnung für das Jahr 1907 und Umbau der Postbrücke in Travemünde werden debattelos genehmigt.

Nunmehr stehen die Spezialpläne für den Bau der Heilanstalt Strecknitz, welcher 1398000 Mk. kosten wird, zur Beratung.

Dazu liegen verschiedene Anträge von Mitgliedern der Bürgerschaft vor.

Stender beantragt, die Beschlußfassung über das Waschküchengebäude zurückzustellen. Weiter ersucht er den Senat um Einrichtung einer Zentralwaschanstalt beim Zentralgefängnis.

v. Schack beantragt, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen.

v. Schack: Das vorliegende Projekt ist außerordentlich kostspielig, zumal wenn man die laufenden Kosten in Betracht zieht. Der jährliche Staatszuschuß wird über 200000 Mark betragen. Da nur 278 Betten in der neuen Anstalt vorgesehen sind, so werden bald Erweiterungsbauten nötig sein. Die Bausumme wird sich auf mehr wie 2 Millionen Mark stellen. Das ist eine Folge des vorgesehenen teuren Pavillonsystems. Es ist aber nicht notwendig, daß wir uns auf dieses System festlegen; wir können billiger bauen. Redner bittet, seinen Antrag auf kommissarische Beratung anzunehmen.

Stender: Die Vorlage ist jahrelang in den Händen der Bürgerschaftsmitglieder gewesen und bedarf deshalb der kommissarischen Beratung nicht. Eine Überschreitung der Baukosten wird wohl nie zu vermeiden sein. Eine weitere Hinausschiebung des Baues ist im Interesse der Kranken nicht angängig. Redner befürwortet sodann seine Anträge. Eine Zentralwaschanstalt ist sehr vorteilhaft für den Staat, wenn sie mit dem Zentralgefängnis, wo man die Korrigenden und die Gefangenen als Arbeitskräfte zur Verfügung hat, verbunden wird.

Senator H. Evers will dem Antrag Cleemann nicht widersprechen. Man kann die Sache prüfen. Herr v. Schack hat die Kosten für Verpflegung angeführt und dazu die Baukosten hinzugeschlagen; dann sagt er, die Kranken kosten uns so und so viel. Das ist nicht richtig. Was das Pavillonsystem anbelangt, so gilt da bei Fachleuten als das beste System.

Senator Rabe weist nach, daß die Verpflegungskosten für die Kranken nicht so hoch sind, wie Schack ausgeführt habe. Ferner müssen die Werte berücksichtigt werden, die nach Verlegung der Anstalt wieder frei werden.

Dr. Ziehl: Mit dem Bau dieser Irrenanstalt sind wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit unseres Staates angelangt. Und dennoch bin ich dafür, weil der Staat die Irrenanstalt haben muß, da ihm niemand seine Kranken abnimmt. Das Pavillonsystem ist das beste. Würde man das Korridorsystem einführen, so müßten die Ärzte die Angehörigen von Kranken, die noch genesen können, abraten, letztere in der hiesigen Anstalt unterzubringen. Wenn man dem Antrag v. Schack zustimmt, so würde der Bau der Irrenanstalt auf lange Zeit hinausgeschoben. Für den Antrag Stender ist Redner zu haben.

Senator Rabe: Für die alte Anstalt sind infolge von Provisorien manche Summen verausgabt, die später gespart werden können.

Prof. Baethcke meint, daß wir zu teuer bauen. In Berlin hat man auch das Korridorsystem, und er glaube, daß man dort trotzdem die Kranken heilt. Das Pavillonsystem mag ja besser sein, aber es ist mit erheblich größeren Kosten verbunden. Redner ist dafür, daß von dem Pavillonsystem abgesehen wird. Man kann sich vorläufig noch mit Baracken behelfen. Es wäre wünschenswert, wenn gleich bei der Aufstellung der Baupläne möglichste Sparsamkeit geübt würde.

Senator H. Evers: Es wäre ein Fehler, wenn man das Korridorsystem in Lübeck beibehalten würde. Dr. Hoffmann hat sich in dem gleichen Sinne ausgesprochen.

Dr. Meyer: Man hätte lieber von der alten Irrenanstalt hier nicht sprechen sollen. Eine Irrenanstalt ist keine Wohltätigkeitsanstalt, denn der Staat ist verpflichtet, für seine Kranken zu sorgen. Die Anrege Stenders ist beachtenswert.

v. Schack: Ich bin durch die ersten Ausführungen der Herren Dr. Ziehl und Dr. v. Brocken im Bürgerausschuß zu meiner Ansicht gekommen. Bedarf und Deckung müssen miteinander im Einklang stehen. Es ist nicht angängig, daß wir so kurzerhand die Vorlage bewilligen, die zwei Millionen Mark kostet. Durch kommissarische Beratung können wir größere Summen sparen.

Schorer: Es würde ein Schrei des Entsetzens durch die Bevölkerung gehen, wenn sie die tatsächlichen Verhältnisse der alten Irrenanstalt kennen würde. Redner bittet dringend um Annahme der Senatsvorlage.

Dr. Eschenburg befürwortet warm die Senatsvorlage. Die Anrege des Herrn Stender hält er für unannehmbar.

Dr. v. Brocken: Die Frage, ob man die alte Anstalt nach Vornahme von Anbauten noch weiterführen will, war für die Kommission überhaupt undiskutabel. Die Zustände sind eben unhaltbar. Redner gibt im einzelnen ein Bild von den Verhandlungen der Kommission, die hauptsächlich Gewicht auf das Gutachten des Baurates Hoffmann legt und bittet um Annahme des Senatsantrages.

Dr. Ziehl tritt nochmals für den Senatsantrag ein.

Professor Baethcke polemisiert gegen Dr. Meyer, Dr. Eschenburg, Schorer.

Senator Rabe: Es ist nicht möglich, noch weitere Kranke in Baracken unterzubringen. Das alte Haus ist baufällig und deshalb ungesund.

Dr. Wichmann: So schlecht, wie Herr Schorer es darstellt, liegen die Verhältnisse denn doch nicht. Primitiv sind die Einrichtungen allerdings, und deshalb ersuche ich um Annahme der Senatsvorlage.

A. Pape bittet, den Vorschlägen des Herrn v. Schack zu folgen. Wenn die Mißstände in der alten Irrenanstalt wirklich so groß wären, hätten sicherlich die Bürgerschaftsmitglieder etwas davon erfahren. Wenn gemeint wird, daß die alte Anstalt ungesund ist, so will ich darauf hinweisen, daß in letzter Zeit viele staatliche Gebäude — aus welchen Gründen weiß ich nicht — aus Kalksandstein errichtet werden; dabei ist noch nicht festgestellt, ob diese in hygienischer Beziehung zu empfehlen sind.

Der Antrag v. Schack auf Einsetzung einer Kommission wird abgelehnt; ebenso der Antrag v. Schack, an Stelle des Pavillonsystems Pläne für eine Anstalt nach dem Korridorsystem ausarbeiten zu lassen.

Es wurde in die Spezialberatung eingetreten.

v. Schack beantragt, den Bau aus Ziegelsteinen und nicht aus Kalksandsteinen herzustellen. Er begründet das damit, daß man mit den Kalksandsteinen noch keine Erfahrung gesammelt hat. In anderen Städten geben verschiedene Geldinstitute in Bauten, die aus Kalksandstein hergestellt werden, keine Hypotheken. Die Ziegelsteine haben sich am besten bewährt und sind nicht wesentlich teurer als die Kalksandsteine.

Senator H. Evers kann die Bedenken gegen die Kalksandsteine nicht teilen. Wenn man dieselben von vornherein ausschalten würde, so würde man dadurch den Bau wesentlich verteuern.

Stender meint, daß man mit Kalksandsteinen nicht billiger baue, da der gewöhnliche Mörtel nicht als Bindematerial für diese Steine genüge.

Über den Antrag v. Schack findet eine lange Debatte statt, in der besonders von den Bürgerschaftsmitgliedern A. Pape und v. Schack gegen die Verwendung der Kalksandsteine scharf vorgegangen wird, während Senator H. Evers lebhaft dafür eintritt, daß die Kalksandsteine nicht von der Verwendung ausgeschlossen werden sollen. A. Pape weist besonders darauf hin, daß die Kalksandsteine, welche hier bei Staatsbauten verwandt werden, immer aus einer bestimmten Fabrik stammen.

Der Antrag Schack wird angenommen.

Schließlich wird die ganze Senatsvorlage mit dem Antrag Stender betr. Einrichtung einer Zentralwaschanstalt genehmigt.

Darauf wird die Versammlung auf nächsten Montag vertagt.

Schluß 10½ Uhr.

Aus Nah und Fern.

Verhaftung eines Bankkassierers. Die Leipziger Kriminalpolizei verhaftete den Bankkassierer Bormann, der bei dem Bankinstitut Frege u. Co. in Stellung war, und dort innerhalb von fünf Jahren 130000 Mark unterschlagen hat.

Schweres Unglück. In Datteln bei Recklinghausen führten drei neunjährige Knaben eine Karbidexplosion dadurch herbei, daß sie auf eine Karbidtonne Wasser gossen und die Gase entzündeten. Alle drei wurden lebensgefährlich verbrannt; einer büßte das Augenlicht ein.

Ein Opfer militärischer „Disziplin" wurde in Mülheim a. d. Ruhr ein älterer, verheirateter Vizefeldwebel des dort garnisonierenden 130. Infanterie-Regiments.

Gelegentlich der kürzlich erfolgten Vereidigung der Rekruten war der betreffende Feldwebel mit einigen Einjährigen in ein Restaurant eingekehrt und hatte diesen gestattet, während des Aufenthaltes in dem Restaurant das Seitengewehr abzuschnallen, wie das auch sonst wohl üblich ist beim Verkehr in besseren Restaurants. In der Wirtschaft befand sich nun zur selben Zeit auch ein blutjunger Fähnrich, und diesem scheint nun wohl das zeitweilige Ablegen der Waffe als ein grobes Vergehen gegen den heiligen Militarismus vorgeschwebt zu haben, denn er gab als „Dienstältester" den „Befehl", sofort wieder umzuschnallen! Das mußte den Feldwebel natürlich sehr peinlich berühren und widersetzte er sich daher dem „Befehle" des jungen Herrn Fähnrichs, indem er den Einjährigen gegenüber betonte, daß sie auf ihn und nicht auf den Fähnrich zu hören hätten. Nach der einen Mitteilung soll es sich um einen Portepeefähnrich gehandelt haben, nach anderer Mitteilung um einen sogenannten „Degenfähnrich." Im ersteren Falle würde der Feldwebel, im letzteren der Fähnrich sogenannter „Dienstältester" gewesen sein und demnach zu „befehlen" gehabt haben. Da dem „Vize" dies kleine Renkonter sieben Tage Arrest eingebracht und, was noch schlimmer für ihn ist, auch eine vorläufige Suspendierung vom Dienste zur Folge gehabt hat, so scheint es doch wohl ein Fähnrich „mit Degen" gewesen zu sein, der die vermeintlich gefährdete Disziplin rettete.

Liberaler Sauherdenton. Der in Nordhalben (Bayern) erscheinende liberale „Grenzbote", das Leiborgan des Pfarrers Grandinger, war dieser Tage im Meininger Landtag vom Abg. Samhammer (freis.) mit in die Debatte gezogen worden, weil es gegen unser Saalfelder Parteiorgan geschrieben hatte, dieses sei der Roßkübel und Spucknapf der Roten in Saalfeld. Der „Grenzboten"-Redakteur Bremauer hörte durch ein Parteiorgan von dieser Landtagsdebatte und glaubte, Samhammer sei Sozialdemokrat, weshalb er diesem anbot, im Redaktionslokal zu erscheinen, wo man ihn kräftig empfangen werde. Auf eine Berichtigung Samhammers leistet sich nun dieses liberale Organ in seiner neuesten Nummer folgenden Erguß gegen unsere Genossen: „Wir verbeugen uns hiermit tief vor Herrn Samhammer und bitten um Entschuldigung. So dieses nun geschehen, wollen wir Zylinder und Handschuhe weglegen, um einen Besenstiel in die Hand zu nehmen: es gilt, den roten Lügenbruder (gemeint ist unser Parteiorgan) vorzufassen. Ein solcher Zeitungsschreiber gehört in Grund und Boden hineingeschlagen, dermaßen, daß die rote Bürste herausguckt. Diese Zuchtlügner von sozialdemokratischen Zeilenschindern, diese rote journalistische Strauchdiebesbande, diese nichtsnutzige Frevlerbrut, dieses ruchlose Gezücht, diese tiefverwünschten Bestien, Gauner, Ränkeschmiede und Galgenstricke nähren sich ja meist von Lügen." Mehr Liebenswürdigkeiten kann man von einem liberalen Organ wohl nicht verlangen.

Botanik und Politik, wie reimt sich das zusammen? Im „Berliner Tagebl." ist zu lesen: Herr R. H. Witt, bekannt aus dem letzten Wahlkampf als Kandidat der Demokratischen Vereinigung für den Landtagswahlkreis Teltow-Beeskow, hatte aus Interesse für die wissenschaftliche Forschung eine deutsche Expedition finanziell unterstützt, die die Pflanzenwelt am Amazonenstrom erforschen sollte. Die Forschungsreise kam zustande, und das Resultat war die Entdeckung vieler bisher unbekannter Pflanzen. Die Pflanzen kamen nach Berlin ins Botanische Institut. Sie wurden dort bestimmt und den verschiedenen Familien zugeteilt. Aber man muß auch, wie das nun einmal ist, den neu gefundenen Pflanzen einen Namen geben. Was tat der Gelehrte, der mit all dem betraut war? Er wollte dem, der so schön ein Ergebnis die Möglichkeit schuf, den Dank der Wissenschaft erweisen und taufte eine der Pflanzen nach Herrn Witt... So kam es in den Entwurf des offiziellen Verzeichnisses. Als der Gelehrte die Korrektur des Verzeichnisses erhielt, sah er, daß der Name „Witt" durchstrichen war. Er fragte den Assistenten des Instituts nach dem Grunde und erhielt die Antwort: „Es paßt sich doch nicht, eine Pflanze nach jemandem zu nennen, der für die Demokratische Vereinigung kandidierte." Der Gelehrte stellte darauf den ursprünglichen Namen wieder her.

Von der „altpreußischen Sparsamkeit". Ein Bonner Blatt veröffentlicht die Speisenfolge des Bonner Rektoressens. Sie lautete: Ostender Austern, Deinhard Cabinet. — Königin-Suppe, 1904er Uerziger (Nic. Schenk). — Schwarzwälder Forellen mit Kaviar-Butter, holländischen Kartoffeln. 1904er St. Julien. — Welschhahn nach Bankier-Art, frische Trüffel-Financier, 1906er Fellser (Frau Dr. Malnzer.) — Langusten en Bellevue, Ravigot-Tunke, 1900er Chateau Canon St. Emilion. — Rouenaiser Ente, römischer Salat, Kompott. 1900er Deidesheimer, weißes Kreuz (Reichsrat v. Buhl). — Hohenzollern-Bombe. Waffeln, Hohlhippen, Mercier Carte d'or. Käsestangen, Welschrabit, Obst, Dessert, Mokka. Das Gedeck (trocken) kostet 20 Mk., wie das bei den Rektoressen üblich sein soll. — Wie sagte doch Fürst Bülow am 19. November im Reichstag? „Ich will es offen aussprechen, es ist bei uns eine Zeit des Luxus, der Überschätzung des materiellen Genusses eingetreten, die jeden mit ernster Sorge erfüllen muß, dem das höchste Gut unseres Volkes, seine intellektuelle Kultur, am Herzen liegt."

Der Varietestar als Wohltäter. Die Kopenhagener Sängerin Frau Gnutzmann hatte die hübsche Idee, ihre Stimme in den Dienst der Wohltätigkeit zu stellen; sie hat sich für den Monat Dezember von einem Kopenhagener Varietetheater engagieren lassen, und es ist zwischen ihr und dem Varietedirektor vereinbart worden, daß ihr ganzes Honorar im Betrage von 100 Kronen für jeden Abend direkt an den „Verein für die Speisung von armen Bezirksschülern" ausgezahlt werde. Den Entschluß, ihre Stimme in dieser Weise in den Dienst der Wohltätigkeit zu stellen, faßte Frau Gnutzmann im Frühjahr dieses Jahres, als ein armer kleiner Bezirksschüler, der sie in ihrer Wohnung um etwas warmes Essen bat, ihr unter Tränen erzählte, daß das Geld des „Vereins für die Speisung armer Kinder" ausgegangen sei, und daß die Kinder erst wieder nächsten Winter warmes Essen bekommen könnten. Frau Gnutzmann beschloß darauf, das ihrige zu tun, damit die Geldmittel des menschenfreundlichen Vereins in der nächsten Wintersaison nicht so schnell erschöpft werden. Sie macht damit den Anfang, daß sie ihre Stimme im Monat Dezember allabendlich von der Bühne des Scala-Variete-Theaters ertönen läßt, und erzählt freudestrahlend ihren Bekannten, daß für die 3000 Kronen, die ihr Gesang im „Scala-Theater" einbringen werde, 20 000 Portionen warmes Essen angeschafft werden können. Die Sängerin hofft, daß auch andere Künstlerinnen ihrem Beispiele folgen werden.

Bootsunglück. Aus München wird gemeldet: In der Nacht zum Sonntag machten vier Arbeiter in angetrunkenem Zustande eine Kahnpartie auf dem Ammersee. Das Boot kippte um. Einer der Insassen ertrank, die anderen wurden gerettet.

Explosion in einem Munitionslager. Die Abendblätter melden aus Calcutta: In dem sechs Meilen nordöstlich dieser Stadt bei Dumdum gelegenen Munitionslager ereignete sich eine furchtbare Explosion, wodurch viele Soldaten getötet sein sollen. — Nach den letzten Meldungen sind infolge der Explosion auf dem Munitionslager 11 Soldaten getötet und 26 schwer verletzt worden. Sämtliche Opfer sind Indier.

Erdbeben in Villa Franca und Alcantara (Portugal) führten zu Hauseinstürzen. In ersterem Orte kamen 17 Personen ums Leben. Bei dem Einsturz des Regierungsgebäudes in Alcantara wurden sechs Personen getötet.

Literarisches.

Von der „**Neuen Zeit**" (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 10. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Stück Verfassung. — Die Reichskrisis und die Sozialdemokratie. Von Parvus. — Die Agrarpolitik der russischen Regierung. Von A. Morosoff (Petersburg). Das Unglück auf Zeche Radbod. Von einem Bergmann. — Literarische Rundschau: G. W. Plechanow, Ossnowyje woprossy marxisma. Von R. Rjasanoff. Dr. med. Gustav Aschaffenburg, Gefängnis oder Irrenanstalt. Von Dr. Siegfried. M. Wintschewsky, Stories of the Struggle. Von M. Beer. — Zeitschriftenschau. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Probenummern stehen zur Verfügung.

Der soziale Gedanke. Leitsätze aus den Schriften der Begründer des Sozialismus. Für die heutige Zeit zusammengestellt von Dr. jur. E. Barday und Dr. phil. E. Max. Hrsg. von Ed. Bernstein. XII und 304 S. 8°. Dresden, 1908. Verlag Soziales Erkennen, Dresden-A. 16. Preis in Utogen geb. Mk. 1.80. Es fehlt nicht an volkstümlich gehaltenen Propagandaschriften aus der Feder neuerer Sozialisten. Aber neben diesen Veröffentlichungen hat sicher auch eine Ausgabe Platz und Berechtigung, welche die bemerkenswertesten Sätze aus den Werken der Großmeister des Sozialismus in Form von kürzeren oder längeren Sinnsprüchen darbietet. Und das trifft bei oben genanntem Buche zu. In ihm sind die ersten grundlegenden Vertreter des sozialen Gedankens, die Franzosen H. Claude Saint-Simon, Charles Fourier, P. J. Proudhon und der Engländer Robert Owen neben dem großen deutschen Dreigestirn Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle, sowie auch Karl Rodbertus vertreten. Jedem dieser in der Geschichte des Sozialismus an erster Stelle zu nennenden Schriftsteller ist eine kurze Lebensbeschreibung, eine Charakteristik seiner Bedeutung und ein Verzeichnis seiner hervorragendsten Schriften vorangestellt. Marginalien und ein 14 Seiten umfassendes Sachregister erhöhen den Wert des Buches besonders für Propaganda- und Diskussionsredner und als Nachschlagebuch, sodaß es auch in der kleinsten Partei- oder Gewerkschaftsbibliothek am Platze sein dürfte. Durch den mäßigen Preis wird aber auch jeder einzelne in die Lage gesetzt, sich dieses gut ausgestattete und für viele Zwecke wertvolle Buch anzuschaffen. Es bietet Aussprüche, die wegen der Tiefe der Auffassung, die aus ihnen spricht, dem Besten anzureihen sind, was die politische Literatur überhaupt aufzuweisen hat. Hier sind die Grundgedanken und die Quintessenz der sozialistischen Lehren in klarer, anregender Form dargestellt, und jeder, der Interesse für Politik hat, sollte den Inhalt des „Sozialen Gedankens" kennen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co
Sämtlich in Lübeck.

Logis zu vermieten
auch als leeres Zimmer Kerkringstraße 42.

Freundliches Parterrelogis für 1 oder 2 junge Leute Rosenstraße 29.
Daselbst ein fast neuer Puppensportwagen zu verkaufen.

Gesucht zum 1. Januar event. 1. April **eine Wohnung** im Preise von 180—250 Mk.
Off. u. **A W** an die Exped. d. Bl.

Kleine Wohnung zum 1. Januar für alleinstehende Leute zu vermieten. Preis 140 Mk. Engelswisch 35.

Brautpaar sucht zum 1. April **eine abgeschlossene Etage**, enthaltend 2—3 Zimmer, vorm Holstentor.
Off. u. **St M** an die Exped. d. Bl.

Gesucht **eine Zweizimmerwohnung** mit Stall im Preise von 170—200 Mk. zum 1. April von Leuten ohne Kinder, am liebsten vorm Tor. Ang. u. **E H 76** an die Exped.

Gesucht für **Schwartau**
eine saubere Brotfrau od. Brotträger bei fester Kundschaft.
Ang. mit Kostenforderung. u. **WW** a. Exp.

Junger verheirateter Mann **sucht Beschäftigung** für die Abendstunden oder auch im Adressenschreiben.
Off. u. **D K** an die Exped. d. Bl.

Frau School, Hebamme,
wohnt: **An der Mauer 84, I.**

Habe kleine Kisten für Weihnachten billig abzugeben.
Bandagist **Heyde, Königstraße 38.**

Gelegenheitskauf für Brautleute!
Kompl. **Schlafzimmer-Einrichtung** (engl.), sowie **Taschengarnitur, Vertikow, Trumeau** mit Stufe, **Kommode, Sofatisch, Bilder** billig. Wakenitzmauer 140.

Zu verkaufen eine große, fast neue
Puppenstube
Brüderstraße 4a, I.

1 gut erh. Kochmasch. (4fl.), 2,50 Mk., 5 g. Kruk. 1 Mk., pass. Weihnachtsgeschenk. Kraukestr. 13a.

Puppenstube u. Puppensportwagen zu verkaufen.
Glandorpstraße 10, II.

Eine Handkamera
(9×12) mit Stativ u. sämtl. Zubehör billig zu verkaufen. Hafenstr. 8, III.

Getragene Kleidungsstücke
(pass. für Arbeiter) billig zu verkaufen.
Mengstr. 29.

Zu verkaufen eine fast neue
Seegrasmatratze.
Mengstr. 4. part. links.

Billig zu verkaufen: **Schaukelpferd** mit Fell, **Puppenwagen, Kinderwagen** m. Nickel.
Segebergstr. 7, II.

1 rote Puppen-Sportkarre
für 1,50 Mk. zu verk. Augustenstr. 18, I.

Eine Akkordzither
mit Schule billig zu verk. Engelswisch 33/10.

Eine gut erhaltene **Petroleum-Maschine**, 4flammig, 3 Mk., **5 Stück Kruken** 1 Mark
Engelswisch 33, H. 5.

Belg. Riesenkaninch., echte Brieftaub., Legehühner u. versch. mehrz. verk. Luisenstr. 35a.

Fahrrad-Reparatur-Werkstätte.
Alle Fabrikate werden sachgemäß und billig ausgeführt unter prompter Bedienung.
Emaillieren, Vernickeln billig und gut.
Carl Heynert, Lübeck
Moislinger Allee 6a. Fernspr. 1272.
Fahrrad- und Nähmaschinen-
:: Reparatur-Werkstatt. ::

Alfred Braun
Goldschmied
15 Hinter St. Petri 15
Lager von **Gold-, Silber-** und **Alfenidewaren.**
Reparaturen sowie Neuarbeiten werden sauber und billig in eigener Werkstatt angefertigt.

Atelier für Zahntechnik und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitest. 24

E. BOY, Königstr. 61,
Tel. 115. Markthallenst. 46.
Mittwoch frisch eintreffend:
Schellfische, Rotzungen, Hamburger Stint, lebende holsteinische Karpfen und Schleie.

Hasenfelle
Kanin, Füchse, Iltis, Marder etc. kauft zu **höchsten Tagespreisen.**
J. L. Würzburg, Wahmstr. 22a.

Heinr. Schultz
Uhrmacher u. Goldarbeiter
ob. Johannisstr. 20
— Uhren * Ketten —
Gold- u. Silberwaren
gold Trauringe 585/1000 gest.
Rathenower Brillen.
Barometer.
Verkauf und Reparatur unter Garantie.

Nur echt goldene
Trauringe
reizende Fassons empfiehlt
Aug. Büttner, Hüxstrasse 32.
Rote Rabattmarken. Gravierung gratis.

Erfinder
wenden sich am zweckmäßigsten an bedeutende Patentbureaus, deren Ruf und Leistungsfähigkeit bekannt und über deren Vertrauenswürdigkeit Auskunftsbureaus gern Auskunft erteilen.
J. Bett & Co.,
Bureau für Patentverwertung u. Erwirkung.
Berlin SW. 48. Q.

Zum Weihnachts-Feste
empfehle
Lauschen Kuchen-Sirup,
bestes Weizenmehl,
sowie sämtl. Zutaten z. Kuchenbäckerei,
braune Kuchen, braune und weisse Pfeffernüsse aus der Lübecker Genossenschaftsbäckerei, **Hasel- und Walnüsse, Feigen, Datteln usw.**
alles in bester Ware.
Gebe rote Rabattmarken.
D. Hamann Ww.
Große Gröpelgrube 55.

Zum Weihnachtsfeste
empfehle meine
vorzüglichen Zigarren, Zigaretten, sämtliche Kau- und Rauchtabake
nur in prima Qualität.
Hochachtungsvoll
Franz Lütgens, Segebergstr. 2.

Abreisenden
aufbewahrt und nachgesandt werden Gegenstände aller Art, als: Mobilien, Koffer rc. im Lagerhaus u. Speditionsgesch. **Fischergr. 52.**

Holzschuhe
bestes Fabrikat,
Holzpantoffel
in allen Größen vorrätig.
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Zum roten Löwen
Moislinger Allee 142.
Am Mittwoch, den 9. Dez.
Gr. Antrittsball.
Anfang 8 Uhr abends.
Hierzu ladet freundlichst ein
Wilhelm Mihr.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 11. Dezember, abends 8 Uhr,
in der „Stadthalle":
11. Volkstüml. Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung: Kapellmeister **Hermann Abendroth.**
Wagner-Liszt-Abend.
Zur Aufführung kommen u. a.:
Bachanale aus Tannhäuser — R. Wagner.
Tasso, sinfonische Dichtung — F. Liszt.
Waldweben aus Siegfried — R. Wagner.
Ungarische Rhapsodie Nr. 2 — F. Liszt.
Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Neues Stadttheater.
Mittwoch 8 Uhr. Mittel-Preise!
Voll-Abonnement 67. Mittwoch-Abonn. 8.
Der Diamant. Von Hebbel.
Donnerstag 7½ Uhr. Große Preise.
Voll-Abonn. 68. Donnerstag-Ab. 10.
Das Nachtlager in Granada.
Oper von Kreutzer.